Einzelpreis 1.50 Mk.

Die „Freiheit" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Juni 42.— M., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 76.— M., für das übrige Ausland 94.— M.

Freitag, den 9. Juni 1922

5. Jahrg. Nummer 239

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 18.— M., einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12.— M. netto die Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Was Deutschland zahlen soll

30 statt 132 Milliarden

(EE.) **Paris**, 8. Juni.

Der „Matin" glaubt mitteilen zu können, daß die von Deutschland geforderte Gesamtschuld dem Beschluß der alliierten Regierungen zufolge nicht 132 Milliarden betragen werde, sondern daß man den gegenwärtigen Wert dieser Summe als Grundlage nehmen wolle. Dieser belaufe sich auf 60 bis 70 Milliarden Goldmark. Aber auch diese Summe erschien dem internationalen Anleihekomitee als viel zu hoch, weshalb dieses die Schuld auf 25 bis 30 Milliarden Goldmark ermäßigen wollte. Hiervon sollte Frankreich 13 bis 16 Milliarden erhalten.

Ein 35-Milliardenkredit für Deutschland

(EP.) **Mailand**, 8. Juni.

Wie die „Stampa" aus Paris erfährt, sind die Anleihepläne des Anleihekomitees in Paris von weit größerer Tragweite, als man ursprünglich angenommen habe. Es soll geplant sein, Deutschland nicht nur vier bis fünf Milliarden zu leihen, sondern ihm einen Kredit von 35 Milliarden auf die Dauer von dreißig Jahren zu gewähren. Diese Operation soll Deutschland gestatten, seinen Verpflichtungen in aller Zukunft nachzukommen, wodurch auch die Finanzen der alliierten Staaten ins Gleichgewicht gebracht würden. Die Bankiers, mit Morgan an der Spitze, sollen für dieses Geschäft auf jeden Profit verzichten, da sie nur die Erleichterung des europäischen Wiederaufbaues im Auge hätten.

Der „Menschenfreund" Morgan

(EE.) **Paris**, 8. Juni.

Das „Petit Journal" gibt eine Erklärung Morgans wieder, daß die amerikanischen Finanziers mit ihrem Eintritt in das Anleihekomitee durchaus nicht aus der internationalen Anleihe ein vorteilhaftes Geschäft machen wollten. Sie glaubten vielmehr, daß die Vorbereitung der Anleihe zu einer Stärkung der französisch-englischen Beziehungen Anlaß geben könnte. Amerika sehe die Entente zwischen England und Frankreich als Grundlage des Friedens an. Die Haltung Boydens in der gestrigen Sitzung der Reparationskommission beweise übrigens, daß die amerikanische Regierung nicht gesonnen sei, die Paris von London trennende Politik zu unterstützen.

Das Machtwort Amerikas

Paris, 8. Juni.

Nach einer Meldung des „New York Herald" hat in der gestrigen Sitzung der Reparationskommission, in der die Antwort an den internationalen Anleiheausschuß beschlossen wurde, der nicht mitabstimmende amerikanische Vertreter, Boyden, sich an der Diskussion beteiligt, indem er eine kurze Erklärung des Inhalts abgab, daß das amerikanische Publikum es ungern sehen würde, wenn der Anleiheausschuß bei der Untersuchung der Reparationsfrage, wie er sie für nötig halte, in irgendeiner Weise behindert würde. Diese Erklärung scheine auf alle Kommissionsmitglieder Eindruck gemacht zu haben.

Frankreich bleibt beim Nein

Paris, 8. Juni.

Zu dem gestrigen Beschluß der Reparationskommission schreibt der „Temps": Der Anleiheausschuß befindet sich in einer widerspruchsvollen Lage. Einberufen hat man ihn zur Vorbereitung einer für die Reparationszahlungen bestimmten Anleihe. Auf eine von ihm gestellte Frage hin trennten sich jedoch drei der Gläubiger von dem vierten, der in die Minderheit gerät. **Die drei Gläubiger stellen 48 Prozent der Gesamtschuld dar, das in die Minderheit geratene Frankreich aber 52 Prozent.** Vom politischen Standpunkt ist der internationale Anleiheausschuß nach wie vor der Mandatar einer Mehrheit, denn die Antworten, die er erhalten hat, weisen die Unterschriften dreier von vier Delegierten auf, die in der Reparationskommission Sitz und Stimme haben, vom finanziellen Standpunkt aber arbeitet der Ausschuß nur noch im Auftrag einer Minderheit. Nun sind die Bankiers und Finanzleute keine Politiker. Man versteht also ihre Verlegenheit.

Das „Journal des Débats" schreibt: Selbst, wenn es dem Bankiersausschuß gelingt, einen Anleiheplan aufzustellen, ist es eine ausgemachte Sache, daß der Reparationskommission keinerlei Initiative bei der Auflegung dieser Anleihe zusteht. Ferner hat Poincaré gestern im Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten erklärt, daß die französische Regierung als Hauptbedingung verlangen werde, **daß die Anleihe keinerlei neue Beschneidung der französischen Forderung zur Folge habe.** Die zwischen der Reparationskommission und dem Anleiheausschuß eingeleiteten Unterhandlungen scheinen also in eine Sackgasse zu führen. Der Anleiheausschuß wird das zweifellos einsehen, und wir würden uns nicht wundern, wenn er seine Mission als beendet betrachtet.

Paris, 8. Juni.

Der internationale Anleiheausschuß ist heute nachmittag wiederum zu einer Sitzung zusammengetreten.

Das Communiqué der Reparationskommission

Paris, 8. Juni.

Die Reparationskommission veröffentlicht folgendes Communiqué:

Am Donnerstag, den 1. Juni, hat der Anleiheausschuß seinen Vorsitzenden beauftragt, die folgende Frage der Reparationskommission zu stellen: Nach Ihren Instruktionen verfahrend, hat der Ausschuß das Studium einer auswärtigen Anleihe, das ihm anvertraut war, begonnen. Bevor der Ausschuß jedoch weiter gehen kann, hält er es für nötig, bei der Reparationskommission anzufragen, ob die Worte: „Beim augenblicklichen Stande seiner Verpflichtungen, so wie sie vom Vertrag von Versailles bestimmt wurden, insbesondere aber durch den Zahlungsplan vom 5. Mai 1921" in dem Sinne ausgelegt werden müssen, daß in seinen Beratungen der Ausschuß die durch den Zahlungsplan vorgeschriebenen Zahlungen als eine unantastbare Verpflichtung unter der ausdrücklichen Reserve der Machtbefugnisse der Reparationskommission, von Zeit zu Zeit gemäß den Bestimmungen des Art. 234 des Vertrages sie abändern zu können, ansehen muß, oder es, ohne in irgendeiner Weise die Verantwortung der Reparationskommission engagieren zu wollen, dem Ausschuß frei steht, die Möglichkeit von Lösungen zu prüfen, die Abänderungen an diesen Bestimmungen voraussetzen.

Am Mittwoch, den 7. Juni, hat die Reparationskommission die folgende Antwort an den Anleiheausschuß gerichtet: Als Antwort auf die mündlich im Namen des Anleiheausschusses gestellte Frage hat die Reparationskommission die Ehre, den Ausschuß zu benachrichtigen, daß heute Vormittag in einer offiziösen Sitzung folgende Entscheidung getroffen wurde:

„Die Absicht der Reparationskommission ist, daß das Mandat des Anleiheausschusses nicht so aufzufassen ist, daß irgend etwas sich dem widersetze, irgend welche Bedingungen zu prüfen, die notwendig sein könnten für die Emission einer Deutschland zu gewährenden äußeren Anleihe, ohne die auszunehmen, die sich auf die allgemeine Wiederherstellung seines Auslandkredites beziehen. Tatsächlich werde jeder Vorschlag, den das Komitee nach dieser Richtung in der Lage sei, vorzubringen, ohne allerdings die Verantwortung der Reparationskommission zu verpflichten, sicher den größten Wert haben."

Diese Entscheidung ist mit Stimmenmehrheit getroffen worden. Dafür haben gestimmt: der britische, der italienische und der belgische Delegierte, dagegen: der französische. Der offiziöse amerikanische Delegierte hat sein persönliches Einverständnis mit der Mehrheit zum Ausdruck gebracht.

Als der Vorsitzende des Anleiheausschusses Delacroix diese Mitteilung machte, erklärte er, daß der Vorsitzende der Reparationskommission, nachdem er sein Bedauern zum Ausdruck gebracht habe, daß er sich nicht der Ansicht seiner Kollegen anschließen könne, weil ein eingehendes Studium der Frage ihn verpflichte, die Meinung aufrechtzuerhalten, die er von der ersten Sitzung an zum Ausdruck gebracht habe, hinzugefügt hätte, daß die mit Stimmenmehrheit getroffene Entscheidung vollkommen gültig sei, und daß der Anleiheausschuß auf Grund dieses Beschlusses sein Studium in einem erweiterten Rahmen fortsetzen könne, um so mehr, als er davon überzeugt sei, daß der Anleiheausschuß dies mit der notwendigen Diskretion tun werde.

Der Anleiheausschuß hat, nachdem er diese Antwort erhalten hatte, beschlossen, sich aufs neue heute, Donnerstag, nachmittag ½4 Uhr zu vereinigen, um die durch diese Antwort geschaffene Lage zu prüfen.

Poincarés große Geste

Paris, 8. Juni.

Poincaré hat den französischen Pressevertretern versichert, **von einer etwaigen Herabsetzung der deutschen Schuld** sei bei den letzten Beratungen des Wiedergutmachungsausschusses **keine Rede** gewesen. Weder England noch Italien und Belgien wären hierzu bereit gewesen. Der Anleiheausschuß hatte deshalb auch nichts davon erwähnt.

Wenn eine internationale Anleihe jetzt nicht zu Stande käme, dürfe man dies nicht tragisch nehmen. Wenn Deutschland durch eine Finanzkombination seine gesamte Wiedergutmachungsschuld mobilisieren könnte, würde es den Verbündeten kaum mehr möglich sein, zur Erzwingung der dauernden Abrüstung Sanktionen zu verhängen. Die Besetzung des linken Rheinufers würde bei einer solchen Regelung vielleicht aufgehoben werden müssen. Auf jeden Fall sei es für Frankreich vorteilhafter, noch einige Zeit auf eine Nachzahlung zu verzichten, als seine alten Rechte preiszugeben.

Scheidemann / „Vorwärts" / Rechtspresse

Wie wir gestern berichteten, hat Scheidemann vor der Kasseler Arbeiterschaft eine Rede gehalten, in der er folgendes ausführte:

„Tag und Nacht telegraphierte ich damals (im November 1918) an die Arbeiter- und Soldatenräte, daß wir unbedingt die Preßfreiheit gewahrt wissen wollten. Diese Stellungnahme entsprach meiner Ueberzeugung. Nach dem aber, was wir jetzt erleben, muß man angesichts der juristischen Verhältnisse, die in Deutschland herrschen, die Frage erheben, ob man nicht in bezug auf manche Dinge den reaktionären Burschen Handschellen anlegen sollte... Wir haben **zwar neue Gesetze, aber immer noch die alten Paragraphenschuster.** Wir haben zwar eine neue Verwaltung, aber **die alten verknöcherten Geheimräte** sind uns geblieben, **die alles sabotieren."**

Zum Schluß rief Scheidemann zur Einigung des Proletariats auf. — Wir freuen uns feststellen zu können, daß Scheidemann in Kassel ähnliche Forderungen vertrat, wie wir bereits seit einigen Tagen. Wir glauben auch, daß der Kampf um solche Forderungen das Proletariat geschlossen finden wird und daß damit ein wesentlicher Schritt zur Einigung des Proletariats getan wird. Deshalb schrieben wir auch gestern gegenüber der blamablen Haltung des „Vorwärts", — der zwar in aufdringlicher Weise fortfährt, Kautsky gegen unsere Partei auszuspielen, aber sich in der Verteidigung der Republik von der bürgerlichen Linkspresse beschämen lassen muß, — er solle, anstatt von Einigung zu reden, durch praktische Politik erst einmal die Voraussetzungen für eine Einigung schaffen. Wir machten ferner dem „Vorwärts" den Vorwurf, daß sein fast rücksichtsvolles Verhalten gegen die nationalistischen Treibereien dieses direkt fördert und unterstützt. Wie recht wir damit hatten, zeigt bereits die heutige Morgenpresse.

Die „Deutsche Tageszeitung" erdreistet sich, zur Rede Scheidemanns zu schreiben, daß sie „gewissenlos" und geeignet sei, „den inneren Frieden Deutschlands in gefährlichster Weise zu untergraben. Angesichts **dieser gewissenlosen Hetze muß sich unbefangenem** Denken geradezu die Frage aufdrängen, ob es **bei dem Attentat auf Scheidemann mit rechten Dingen zugegangen ist."**

Die „Tägliche Rundschau" aber schreibt:

„Diese politische „Blausäure", die gestern der Oberbürgermeister Scheidemann in seiner Residenz **verspritzte, scheint uns doch noch erheblich gefährlicher zu sein als die Flüssigkeit jenes Gummiballes, die ein dummer Junge ihm ins Gesicht sprühte."**

Und die „Kreuzzeitung" leistet sich in der Hetze gegen Scheidemann sogar folgendes Stückchen unter der Ueberschrift: Scheidemannrummel:

„Und derweil ist vielleicht die Quelle derartiger Verbrechen ganz wo anders zu suchen, gar nicht bei den erklärten politischen Gegnern der Opfer der Attentate, **sondern bei ihren enttäuschten und verärgerten früheren Gefolgsleuten.** Die Revolution verschlingt ja ihre eigenen Kinder!"

Wahrlich tiefer gehts nimmer!

Am meisten hat es der nationalistischen Hetzpresse Scheidemanns Aeußerung zur Pressefreiheit angetan. Die „Deutsche Tageszeitung" hat darüber schier den Verstand verloren. Wie könnte sie sonst schreiben:

„Die Kritik der nationalen Presse an der Republik reicht nicht entfernt (!!!) heran an das, was die sozialdemokratische Presse Jahrzehnte hindurch ungestraft (!!!) gegen die Monarchie sagen durfte."

Und dann folgt die unzweideutige Drohung:

„Wir warnen dringend vor weiteren elenden Herausforderungen, wie Herr Scheidemann sie in Kassel beliebt hat. **Entweder** wird die deutsche Republik die Versprechungen, die sie hinsichtlich der politischen Freiheiten in Deutschland gemacht hat, ehrlich halten; **oder sie trägt die Bretter zu ihrem eigenen Sarge zusammen.** Zum Schutze der politischen Freiheit, insbesondere auch der Preßfreiheit, muß und wird sich in Deutschland schließlich doch alles zusammenfinden, was wirklich freiheitlich denkt."

Ausgerechnet die „Deutsche Tageszeitung" als Verteidigerin „aller freiheitlich Denkenden" — fürwahr ein köstlicher Treppenwitz. Im übrigen gibt gerade diese Agrarierzeitung mit ihren fortgesetzten Hetzen und Drohungen gegen die Republik den besten Beweis, daß dieser Sorte von Blättern einmal schärfer auf die Finger gesehen werden muß.

Was ist zu tun?

Die sozialdemokratische „Volksstimme" in Chemnitz schreibt: „Sollen wir greinen, wenn wieder einmal einer unserer Führer erschossen ist, sollen wir Glückwunschtelegramme schicken, wenn der Anschlag mißlungen ist? **Das sind ja nichts anderes als Worte**

und wieder Worte. Wir haben nüchtern den Dingen ins Auge zu schauen und müssen wissen, **daß dieser Weg der Haltlosigkeit, den die deutsche Republik nun schon seit drei Jahren taumelt, unfehlbar in den reaktionären Abgrund führt.**

Justiz und Rechtsprechung, Reichswehr und Polizei, das sind die stärksten Machtstützen eines Staates, und sie befinden sich in Deutschland immer noch in den Händen der Reaktion. Wenn die Herren im Richtertalar in ihr Zimmer treten, dann schaffen sie Recht; ein Recht allerdings, **das ein veraltetes und kapitalistisches Recht ist.** Polizei und Reichswehr sich sichtbare Exekutivorgane, die nach außen hin die Macht der Republik auch dem letzten Verbrecher demonstrieren sollen. **Wann werden wir hier Wandel schaffen?**

Es gibt nur zwei Dinge: **entweder herrscht die Demokratie in Deutschland oder die Reaktion. Sie oder wir — so steht die Parole! Sein oder Nichtsein, das ist auch die Frage für uns!"**

Wir empfehlen dem „Vorwärts" diese Auslassung seines Bruderblattes zur besonderen Lektüre. Vielleicht dürfte ihm dann ein Licht aufgehen, daß seine Hetze gegen unsere Partei alles andere fördert, nur nicht die Einigung des Proletariats, weil damit die Arbeiter von einem wirklichen gemeinsamen Kampfe abgelenkt werden.

Zum Hungerterror der Agrarier

Unsere Veröffentlichung über die „Richtlinien" der agrarischen Landbündler haben in der gesamten Presse berechtigtes Aufsehen erregt. Die „Deutsche Tageszeitung" stellt sich dumm. Sie wisse nicht, ob die Richtlinien von ihren Schützlingen herausgegeben seien, aber wenn das der Fall sei, so sei durch sie ja bewiesen, daß die Agrarier bereit seien, freiwillig die Bevölkerung rechtzeitig und ordnungsmäßig zu beliefern und gar nicht an die Verhängung eines Hungerterrors dächten. Echt agrarische Unverfrorenheit. — Die liberale Presse sei äußert zwar auch Zweifel an der Echtheit der Richtlinien, spricht aber ihre Entrüstung aus über die aus ihnen sprechende Gesinnung. Der „Vorwärts" behandelt die Frage in gleichem Sinne wie wir, verweist auf den § 110 des Strafgesetzbuches, der Aufforderungen zum Ungehorsam gegen die Gesetze unter Strafe stellt, und fordert den preußischen Justizminister Am Zehnhoff zum Einschreiten auf. Wir halten es für notwendig, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten überall sich rühren gegen die agrarische Aushungerungspolitik, in Versammlungen dazu Stellung nehmen und einen energischen Druck ausüben auf die Organe der Staatsgewalt. Auch in den Parlamenten wird mit den Wucherpatrioten Fraktur zu reden sein.

Ihr seid erkannt!

Bekanntlich hat die KPD. nach der Sprengung der Neunerkommission die neue Parole geschmiedet: Einheitsfront von unten auf. Schnell wurden einige Betriebsräte (im ganzen 60!) zusammengetrommelt und der staunenden Mitwelt ein „Betriebsrätekongreß" verkündet. Wie dieses eigenartige Ding zusammenkam, erfahren wir aus einer Notiz unseres Dresdener Parteiblattes. Sie bringt eine Zuschrift des Genossen Köhler (Betriebsrat im Sachsenwerk), in der es heißt:

„Was meine Ausführungen betrifft, so muß ich folgendes bemerken. Nach den Ausführungen des Genossen Stephan, Pirna, habe ich erklärt, daß auch ich nicht damit einverstanden bin, wenn Genosse Dittmann die Konferenz als kommunistischen Putsch bezeichnet, daß ich es aber unter allen Umständen verurteilen muß, wenn man unseren Führern Verrat vorwirft, ohne daß man die Verhältnisse kennt, denn die Gegenseite haben wir nicht gehört. Auch wenn unsere Genossen hier nicht erscheinen, mache ich ihnen noch lange keinen Vorwurf, weil ich eben die Gründe dafür nicht kenne. **Heckert und Clara Zetkin haben einen Bericht gegeben, aus dem wir uns noch lange keinen Urteil bilden können. Der Resolution kann ich in dieser Fassung nicht zustimmen.** Wohl bin ich dafür, daß der Arbeiterweltkongreß sobald wie möglich einberufen wird, denn den Auftrag, dahin zu wirken, habe ich von der Belegschaft meines Betriebes. **Ich habe dann entsprechende Abänderungsvorschläge gemacht, dieselben wurden aber nicht angenommen.** Auch Genosse Meißner, Leipzig, sprach in meinem Sinne und machte unter anderem **den Kommunisten den Vorwurf, daß sie die Verhandlungen zu schnell abgebrochen hätten. Im allgemeinen muß man sagen, daß die Konferenz ein vollständiges Fiasko für die Veranstalter war, so daß ihr überhaupt keine Bedeutung zukommt.** Denn wenn von seiten der Veranstalter in der Betriebsversammlung erklärt wurde, **in ganz Deutschland nehmen die Betriebe dazu Stellung und wählen Kommissionen,** die am 25. Mai früh 9 Uhr in den Sophiensälen in Berlin zusammentreten, **und zur angesetzten Zeit weiß in dem Lokal überhaupt niemand etwas** davon, daß dort eine Konferenz stattfindent soll, dann weiß man überhaupt nicht mehr, was man sagen soll. Wenn man weiter bedenkt, **daß die etwa fünfzig Mann,** die anwesend waren, **nur wenige Orte vertraten,** daß aus ganz Rheinland-Westfalen, Chemnitz, ja **sogar von Berlin nicht ein einziger Betrieb vertreten war,** so muß man wirklich sagen, daß dieser Veranstaltung die Bedeutung vollständig abzusprechen ist, daß **es eine verpufte Aktion war."**

Desgleichen teilt unser Dresdner Parteiblatt mit, daß der von den Kommunisten als USP.-Mitglied ausgegebene Pill in Wirklichkeit P. Pille heißt und gar nicht Mitglied unserer Partei ist.

Hoffentlich sind unsere Genossen nunmehr für spätere ähnliche Schwindelmanöver der Kommunisten gründlich gewarnt.

Der abgeblitzte Hohenzoller

Der Einsiedler auf Schloß Doorn entwickelt sich zum „guten Bürger". Er will Geld verdienen. Zwar fehlts ihm nicht an den zu einem angenehmen parasitären Leben notwendigen Millionen. Und eine hochwohllöbliche preußische deutsch-volksparteilich-sozialistische Regierung erweist sich willfährig genug, ihm aus den Staatsbesitzungen weitere Millionen zuzuschanzen. Aber der vielseitige Hohenzoller, der sich auf so ziemlich allen Gebieten der Kunst „erfolgreich" betätigt hat, will auch einmal den Versuch machen, durch schriftstellerische Arbeiten seine Millionen zu vermehren. So wie er einst mit dem Entwurf der Siegesallee der Bildhauerei, mit seinem „Sang an Aegir" der Musik und mit dem berühmten Entwurf zu dem Gemälde „Völker Europas, wahrt eure heiligsten Güter" der Malkunst neue „Schöpfungen" brachte, will er jetzt mit dem Federkiel „schöpfen". Er erinnert sich offenbar der vielen Erfolge, die so mancher Hochgeborene und ehemals Erlauchte oder gar Allerdurchlauchtigste mit der Verhökerung seiner Erinnerungen gemacht. Was Wunder, wenn nach dem Mißerfolg kriegerischen Erwerbes sich bei ihm gutbürgerlicher Erwerbssinn regte. Er schrieb also „Erinnerungen" und bot der Londoner „Times", dem ausgesprochensten **„deutschfeindlichsten"** englischen Blatt sein Schreibwerk für einige Millionen Dollar, das sind etwa 300 Millionen Mark, an.

Zu seinem Leidwesen hatte er aber die Erfahrung machen müssen, daß der gewiß nicht geringe Geschäftssinn der „Times" diese neuesten hohenzollernschen Leistungen niedriger einschätzte. Die englische Presse würde gewiß nicht mehr Bedenken tragen, mit den Hohenzollern gewinnbringende Geschäfte abzuschließen als der Hohenzoller Bedenken trug, das Verlagsrecht in englischer Sprache gerade der „Times" anzutragen. Der Hohenzoller hat nur in Deutschland „Eroberungen" machen können. Sobald er seinen Blick über die in Servilität gebeugten Nacken seiner Untertanen hinausschweifen ließ, erlitt er Reinfälle. Sein größtes Unternehmen von 1914 bis 1918 hat 300 Millionen Menschen ins Unglück gestürzt und ihm das dynastische Genick gebrochen. Statt des Schlachtschwertes ergriff er nun den Federkiel, um das „perfide Albion" um 300 Millionen Mark zu erleichtern. Auch das gelang daneben. Da muß er schon die preußische Regierung weiter anzapfen. Die wird sicher tun, was sie kann, um der Erwerbslüsternheit des Doorner Einsiedlers Erfolg zu bescheiden.

Gewerkvereine und Achtstundentag

Während das Stegerwaldsche Blatt „Der Deutsche" und die zentrümliche „Germania" zur Zeit des letzten großen Kampfes der Metallarbeiter in Süddeutschland in aller Form den gegen den Achtstundentag Kämpfenden in den Rücken fielen, hat der soeben stattgefundene Verbandstag der Deutschen Gewerkvereine sich für den Achtstundentag ausgesprochen. Es wurde gegen wenige Stimmen folgende Resolution angenommen:

„Der Verbandstag hält grundsätzlich am Achtstundentag fest. Es ist **in der großen Mehrzahl der deutschen Betriebe möglich, in acht Stunden dasselbe zu leisten, wie früher in längerer Arbeitszeit.** Mehrleistungen sind aber vielfach abhängig von der Einführung technischer Verbesserungen. Es ist **Aufgabe der Betriebsräte, auf solche technischen Verbesserungen hinzuwirken.** Die Vertreter des Gewerkschaftsringes in den Parlamenten werden ersucht, dahin zu wirken, daß **die im Gesetzentwurf über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vorgesehenen Ausnahmen nicht im einzelnen gesetzlich festgelegt** werden. Dieses muß der tariflichen Regelung zwischen den beteiligten wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorbehalten werden, weil die Beteiligten die wirtschaftlichen Notwendigkeiten besser übersehen können und eine zweckmäßigere Regelung finden werden."

Es ist für jeden klassenbewußten Arbeiter eine Selbstverständlichkeit, am Achtstundentag nicht rütteln zu lassen. In der Stellungnahme der Deutschen Gewerkvereine zeigt sich, daß diese Errungenschaft auch von den bürgerlich orientierten Gewerkschaftlern nicht anzutasten gewagt wird. Gerade daran mögen Unternehmertum und Regierung erkennen, daß sie bei jedem Versuch, den Achtstundentag zu untergraben, auf unbeugsamen Widerstand stoßen werden. Schon einmal hat lange Arbeitszeit eine ganze Generation der Arbeiter fast vollständiger Vernichtung ausgeliefert. Das war zu Beginn der kapitalistischen Hochblüte in England im vorigen Jahrhundert. Der Krieg und die wirtschaftliche Zerrüttung der Nachkriegszeit, die erbärmlich niedrigen Löhne in Deutschland, würden bei einem Raub des Achtstundentages schnell dieselben Folgen zeitigen. Der Profitgier der kapitalistischen Großverdiener, die das nicht einsieht, muß die Arbeiterschaft ein machtvolles Nein entgegensetzen und jeden Angriff auf den Achtstundentag bereits im Keime ersticken.

Die unaufhörliche Teuerungswelle

Die **Steigerung der Lebensmittelhaltungskosten** hat sich im **Monat Mai** weiter **fortgesetzt,** wenn auch nicht in gleich scharfem Maße wie in den Vormonaten. Die vom Statistischen Reichsamt auf Grund der Erhebungen über den Aufwand für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung einer fünfköpfigen Familie berechnete Indexziffer für die Lebenshaltungskosten ist im Durchschnitt des Monats Mai auf 3462 gestiegen. Das bedeutet gegenüber dem Vormonat **eine Steigerung von 9. v. H.** Bekanntlich sind in den Berechnungsvorschriften für die Indexziffer seit April einige Aenderungen eingetreten; würde man die Indexziffer für Monat Mai noch nach der alten Methode berechnen, so ergäbe sie 3048, mithin gegenüber dem Vormonat (2804) eine Steigerung um ebenfalls rund 9 v. H. (8,7). Vom März auf April betrug die Steigerung 20,3 v. H.

Die **Ernährungskosten** zeigen im Monat Mai eine geringere Steigerung als die Gesamtausgaben und zwar um 7,4 v. H. Die Reichsindexziffer für die Ernährungskosten beträgt im Durchschnitt des Monat Mai 4680.

Zu der Erhöhung der Lebenshaltungskosten haben fast sämtliche in der Erhebung einbezogenen Lebensbedürfnisse beigetragen. Wesentliche Preiserhöhungen zeigten wiederum Brot, Nährmittel, Fleisch, Zucker und Fette, von denen ausländisches Schweineschmalz nur vorübergehend im Preise fiel, später aber wieder anzog. Kartoffeln, Spinat und Schellfisch sind, wenn auch nicht überall, etwas billiger geworden. Brennstoffe, besonders Kohlen und Briketts, sind weiter stark im Preise gestiegen, auch die Preise für Gas und elektrischen Strom sind fast überall heraufgesetzt worden. Dagegen erscheint die Wohnungsmiete nur vereinzelt höher als im Vormonat.

Blutzahlen

Die „Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes" geben den Jahresbericht der Unfallversicherung für 1920 heraus. Diesen Aufstellungen ist zu entnehmen, daß im Jahre 1920 in Deutschland 67 gewerbliche Berufsgenossenschaften mit 804 701 Betrieben und einer Durchschnittszahl von 9 537 350 Versicherten bestanden. (Im Jahre 1919 waren es 68 Berufsgenossenschaften, 801 706 Betriebe und 8 520 095 Versicherte.) Hinzu kommen 45 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften mit schätzungsweise 5 079 777 Betrieben und 16 015 000 Versicherten. Außerdem werden in 185 staatlichen, 848 gemeindlichen Ausführungsbehörden weitere 1 305 191 versicherungspflichtige Personen beschäftigt. Die Zahl der gesamten Unfallversicherten dürfte 28,5 Millionen betragen. Genau läßt sie sich nicht angeben, weil in der Landwirtschaft keine Zählungen stattfinden und außerdem etwa 3 300 000 Personen bald in der Industrie, bald in der Landwirtschaft arbeiten und auf diese Weise doppelt gezählt werden.

Im Gesamtbericht aller Berufsgenossenschaften wurden im Jahre 1920 591 922 Unfälle gemeldet (1919 = 575 474). Von den Unfällen waren 96 798 entschädigungspflichtig (1919 = 96 073). Es sind dies die schweren Unfälle, deren Folgen nach 13 Wochen nicht beseitigt sind. Tödliche Unfälle wurden 9338 gezählt (1919 = 10 189). In 649 Fällen trat dauernde völlige Erwerbslosigkeit ein (1919 in 609 Fällen). Die getöteten Verunglückten hinterließen 15 130 Kinder, Witwen und Enkel (1919 = 17 677). Die Unfallzahlen des Jahres 1920 gelten als günstig, da der Kreis der Versicherten sich erheblich erweitert hat und die Unfälle abnahmen. Und doch: fast 600 000 Verunglückte und mehr als 9000 Tote! Das sind die direkten Blutopfer, mit denen die Riesenprofite der Banken, Aktiengesellschaften und anderer Kapitalistenunternehmungen erkauft werden.

Kapitulation statt Einigung

Kautskys Einigungskampagne hat durch den „Vorwärts" ein schnelles Ende gefunden. Durch unsere Fragen an Kautsky, wie die Einigung praktisch erfolgen solle, haben wir den Fuchs aus dem Bau gelockt. Der „Vorwärts" (offenbar dessen Chefredakteur Stampfer) beeilt sich, Kautsky einen Wink zu geben, nach welcher Richtung seine Antwort allein ausfallen darf, wenn sie auf Gegenliebe bei der SPD. stoßen soll. Das Blatt schreibt:

Es ist nicht an uns, eine Frage zu beantworten, die persönlich an Kautsky gestellt ist. Nach der Art aber, wie Kautsky den doppelten Boden der USP.-Politik schildert, können wir nicht annehmen, daß er uns zumutet, auf diesen Boden zu treten und den Marsch in die Sackgasse mitzumachen, in die sich die USP. ausweglos verrannt hat. Daraus würde sich dann nach unserer Meinung der unwiderlegliche Schluß ergeben, daß sich die Bewegung, die zur Einigung führt, nach der entgegengesetzten Richtung vollziehen muß.

Es wäre also mit der gegebenen Tatsache zu rechnen, daß in Deutschland eine Koalitionsregierung vorhanden ist, für deren Erhaltung die Sozialdemokratie offen, die USP. etwas weniger offen eintritt. Nach vollzogener Einigung wäre die Diskussion darüber zu eröffnen, welche Linie der Politik weiter verfolgt werden soll. Das Rätsel, über das sich die „Freiheit" so verzweifelt den Kopf zerbricht, wäre auf diese Weise verhältnismäßig leicht zu lösen.

Der „Vorwärts" fordert also, daß die **USP. einfach** in die SPD. aufzugehen habe. Er will keine Einigung, sondern eine Kapitulation. Die Situation, die für uns von vornherein klar war, dürfte nun wohl auch für Kautsky geklärt sein, der selber erklärt hat, er wolle eine Einigung, keine Kapitulation!

Ein notwendiges Verbot

Da die Reise Hindenburgs nach Ostpreußen und die damit verbundenen Veranstaltungen der Nationalisten einen rein politischen Charakter haben, und zu einer Hetze gegen die Republik gestaltet werden, sah sich das Wehrkommando veranlaßt, den Angehörigen der Reichswehr die Teilnahme an diesen Hindenburg-Kundgebungen in Uniform zu verbieten.

Krull unter Mordanklage

Der „Vorwärts" meldet: Gegen das von der 3. Strafkammer des Landgerichts II ergangene Urteil gegen den Leutnant a. D. Krull wegen des Diebstahls an der Uhr und an Papieren der Genossin Rosa Luxemburg hat Rechtsanwalt Bahn Revision eingelegt. Auch Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ortmann hat bezüglich des mitangeklagten Leutnants a. D. Bracht von dem Rechtsmittel der Revision Gebrauch gemacht. Krull ist bekanntlich zu drei Monaten Gefängnis, Bracht zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ortmann hat ferner, wie er in der Hauptverhandlung schon angekündigt hat, den Antrag gestellt, die Untersuchung gegen Krull wegen Verdachts der Ermordung der Genossin Luxemburg wieder aufzunehmen. Die Voruntersuchung führt Landgerichtsrat Leiden.

Krull ist unseres Erachtens nicht nur mordverdächtig, sondern **raubmordverdächtig.** Und überdies liegt Fluchtverdacht vor, da einige seiner Mithelfer bereits verduftet sind. Es bleibt uns daher unverständlich, daß Krull immer noch frei herumläuft, während seine Inhaftierung schon längst dringend geboten wäre.

Die „Neue Zeitung", Jena, wieder im Besitz der USP.

Die in Jena erscheinende „Neue Zeitung", die uns nach der Spaltung von den Kommunisten widerrechtlich genommen worden ist, ist jetzt durch einen herbeigeführten Gerichtsbeschluß wieder in die Hände der USP. übergegangen. Wenn es so schnell zu dieser Entscheidung gekommen ist, so ist dies letzten Endes lediglich dem Vorgehen der beiden kommunistischen Gesellschafter zu danken, die unsere beiden Genossenschafter aus der Verlagsgesellschaft hinauswerfen wollten, um das Geschäftsunternehmen einer Berliner kommunistischen Firma in die Hände zu spielen.

Die Kommunisten haben daraufhin die Betriebsräume besetzt, was ihnen jedoch nichts nutzen wird. — Die „Rote Fahne" schreit natürlich wieder von „Zeitungsraub" und „Bruderkampf des Proletariats". Sie sitzt bekanntlich in einem Glashause und sollte deshalb ganz stille sein.

Vor der Räumung Oberschlesiens

Wie die PPR. hören, sind die deutsch-polnischen Verhandlungen über das Räumungsabkommen noch nicht beendet. Allem Anschein nach wird aber die Notifizierung der endgültigen deutsch-polnischen Grenze in Oberschlesien von der Interalliierten Kommission in Oppeln abhängig gemacht von dem Zustandekommen des Räumungsabkommens und seiner Unterzeichnung.

Deutsche Finanzsachverständige nach Paris

Wie die PPR. hören, ist beabsichtigt, deutscherseits mehrere Finanzsachverständige — genannt werden der Reichsbankpräsident Havenstein, Dr. Melchior, Hamburg, und andere — gegebenenfalls nach Paris zu entsenden, um Staatssekretär Bergmann bei den dort schwebenden Anleiheverhandlungen beratend zur Seite zu stehen. Bisher hat sich nur Dr. Melchior nach Paris begeben, ob auch die anderen Sachverständigen, deren Reise geplant ist, nach Paris berufen werden, hängt ganz von dem Gang der dortigen Verhandlungen ab.

Berliner Stadtverordnetenversammlung

Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise an den Magistrat zurückverwiesen — Die Bürgerlichen sabotieren die Lohnaufbesserung der städtischen Arbeiter — Keine Wiedereinsetzung des kommunistischen Stadtrates Stolt — Lebensmitteldebatte und städtische Güter

Der gestrigen Stadtverordnetenversammlung lag ein Antrag des Magistrats auf

Erhöhung des Fahrpreises der Straßenbahn von 3 Mk. auf 4 Mk.

vor. Im Namen sämtlicher Fraktionen beantragten Stadtv. Lüdicke (Volksp.) die Verweisung an die Verkehrsdeputation, die bei der Beratung übergangen wurde, und erhob Einspruch gegen das Verfahren des Magistrats, bei derartig wichtigen Vorlagen die **Deputationen einfach zu übergehen.**

Einstimmig wurde die **Vorlage an die Verkehrsdeputation zurückverwiesen.**

Des weiteren stand die Dringlichkeitsvorlage über den

Lohntarif der städtischen Arbeiter und nichtständigen Angestellten sowie der Manteltarif

zur Beratung.

Stadtv. **Zimmermann** (USP.) trat für **sofortige Verabschiedung** der Vorlagen ein. Die ständig wachsende Teuerung hat längst die eingetretenen Erhöhungen der Löhne und Gehälter wettgemacht. Die Löhne haben in keiner Weise mit dem Steigen der Preise aller Bedarfsartikel Schritt gehalten. Bei der Gewährung von Erhöhungen müssen unbedingt die Inderziffern berücksichtigt werden. **Die Stadt muß Maßnahmen treffen,** um ihre Arbeiter vor einer völligen Verelendung zu bewahren und **sofort** durch Verabschiedung der Vorlagen **den städtischen Arbeitern die Erhöhung der Löhne zu bewilligen.**

Stadtv. **Heilmann** (SPD.) erklärte im Namen seiner Fraktion seine Zustimmung und forderte schnellere Anpassung der Bezüge der städtischen Arbeiter und Angestellten an die Teuerung.

Stadtv. **Schumacher** (Kom.) bemängelte den Manteltarif, der Verschlechterungen des Mitbestimmungsrechts, des Urlaubs und der Arbeitszeit enthalte.

Stadtv. **Koch** (Deutschn.) wandte sich gegen die Linksparteien, die kurz nach Abschluß eines Tarifes schon wieder für neue Erhöhungen eintreten. Dadurch würde das Schiedsgerichtsverfahren illusorisch gemacht. Die städtischen Arbeiter ständen sich besser als die in der Privatindustrie Beschäftigten. Der Manteltarif biete ihnen viele Vorteile und geht weit über den Reichsmanteltarif hinaus. Die Löhne der Gelernten und Ungelernten dürften nicht gleich sein. Die Gleichmacherei schädige das Ansehen der Arbeiterschaft und habe zur Folge, daß sich niemand mehr einem Berufe zuwende. **Die hohen Löhne der Jugendlichen bedeuten für diese eine Gefahr.** Der Redner verlangt Ausschußberatung.

Stadtv. **Eckert** will nur den Manteltarif dem Ausschuß überweisen und beschwerte sich, daß nur die freien Gewerkschaften, nicht aber auch die christlichen Gewerkschaften als Tarifkontrahenten genannt werden.

Stadtv. **v. Eynern** (Volksp.) wandte sich ebenfalls gegen sofortige Erledigung und verlangt Ausschußberatung.

Stadtv. **Zimmermann** (USP.) rechnete scharf mit den Bürgerlichen ab. Die Lohnerhöhungen müssen sofort eintreten, da die städtischen Arbeiter nicht in der Lage sind, etwa die Vorschüsse zurückzuzahlen. Gerade der Stadtv. **Koch hat alle Ursache, bei seinen Parteifreunden im Bund der Landwirte** für die Herabsetzung der Preise einzutreten und dort sich

gegen die Auswucherung der Arbeiterschaft

zu wenden. Der abgeschlossene Tarif wird von den bürgerlichen Juristen und Halbjuristen als Gesetz betrachtet, doch die wirtschaftliche Notlage erfordert die

sofortige Aufbesserung der Löhne

der städtischen Arbeiter und nichtständig Angestellten.

Die Vorlagen, die den Manteltarif betreffen, **wurden an den Ausschuß verwiesen,** dagegen wurde mit 85 gegen 82 Stimmen die Ueberweisung der Vorlagen über die Löhne **an den Ausschuß** abgelehnt. Da vom Stadtv. **v. Eynern der zweiten Lesung widersprochen** wird, muß von der Weiterberatung Abstand genommen werden.

Stadtv. **Dethlessen** berichtete über die Ausschußberatung betr. Prüfung der Geschäftsführung der Hauptfürsorgestelle der Kriegsbeschädigten. Hierzu lag ein Antrag der Kommune und USP.-Fraktion vor, betr.

Wiederübertragung der Dezernatsgeschäfte an den Stadtrat Stolt.

Der Ausschuß habe eingehend die Amtsführung des Stadtrats Stolt geprüft und hält ihn für dieses Amt nicht geeignet. Stolt habe sofort in den Geschäftsgang eingegriffen und Verwirrung hineingebracht. Der Ausschuß beantragt, da Stolt außerdem seine Parteifreunde besonders bevorzugt habe, Stolt vorläufig das Amt zu übertragen.

Stadtv. **Dörr** (Komm.): Der Fall Stolt ist nur ein Glied in der Kette der Verdächtigungen und der

Hetze gegen kommunistische und sozialistische Magistratsmitglieder.

Die Untersuchung hat bewiesen, daß **von allen Beschuldigungen nicht eine zu beweisen ist.**

Stadtv. **Flatau** (SPD.) wandte sich gegen die Art der Untersuchung in der Angelegenheit Stolt.

Stadtsyndikus **Lange** berichtete über die Art der Ausschußberatung. Das Protokoll des Stadtv. **Dr. Meier ist lediglich als Privatarbeit zu bewerten.**

Stadtv. **Kreienbrink** (USP.) wies darauf hin, daß jedesmal bei der Besetzung irgendeines Postens durch einen Sozialisten eine maßlose persönliche Hetze von seiten der Bürgerlichen einsetzt. Auch diesmal **geht es nur um den Kommunisten.** Nicht eine Spur von begründeten Angriffspunkten sei erwiesen.

Stadtv. **v. Eynern** (Volksp.) (mit Lachen und Zwischenrufen „Rechtsverdreher" empfangen) bemühte sich, die Objektivität des Untersuchungsausschusses nachzuweisen und wandte sich empört gegen den Magistratsvertreter, der die Arbeit der Berichterstatter eine Privatarbeit genannt habe. Es handelt sich nicht um **den Kommunisten Stolt, sondern** um den Verwaltungsbeamten Stolt, der nicht für das Dezernat geeignet sei. (Zwischenrufe links: Demagoge, Heuchler!)

Nachdem Stadtv. **Dörr** nochmals festgestellt hat, daß auch v. Eynern keine Beweise vorbringen konnte, und man nur die Linksparteien treffen wollte, wird der Ausschußantrag, Stadtrat Stolt für ungeeignet zu erklären, **mit 92 gegen 82 Stimmen der Linksparteien und des Zentrums abgelehnt.** Ebenfalls wird der Antrag, dem Stadtrat Stolt sofort wieder die Dezernatsgeschäfte zu übertragen, **abgelehnt.** Die Satzungen für die Hauptfürsorgestelle wurden angenommen.

Zur

Versorgung der großstädtischen Bevölkerung

mit Lebensmitteln lagen Anträge der SPD. über den Abschluß **von Lieferungsverträgen für Brotgetreide vor.** Stadtv. **Seipke** (SPD.) begründete und forderte die Beibehaltung des Umlageverfahrens und Erhöhung der Umlage auf 5 Millionen Tonnen. Ebenfalls müsse die **Kartoffelversorgung** sichergestellt werden durch Abschluß von Lieferungsverträgen, die aber auch eingehalten werden müssen. Geradezu unerhört sei es, wenn in Deutschland, dem Zuckerlande, noch **nicht einmal Zucker für die Säuglinge** zu haben ist. Nicht nur der Agrarier, sondern auch der wucherische Zwischenhandel **wuchert die Arbeiterschaft aus.**

Stadtv. **Michaelis** (Dem.) verlangte Sicherstellung der Versorgung der großstädtischen Bevölkerung. Die Zustände auf dem Kartoffelmarkt haben bewiesen, daß durch scharfe gesetzliche Maßnahmen Abhilfe zu schaffen sei.

Stadtv. **van der Borght** (Dn.) forderte eine bessere Bewirtschaftung der städtischen Güter und Maßnahmen zur besseren Versorgung der Bevölkerung.

Stadtrat Dr. **Richter** verteidigte seine Ablehnung des Umlageverfahrens für Kartoffeln im Reichswirtschaftsrat. Die Schuld an den Mißständen liegt an einer Reihe ungünstiger Umstände. Der Magistrat wird bemüht sein, mit allen Mitteln die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen.

Stadtv. **Rosenberg** (K. P.) weist auf die Schiebungen mit Lebensmitteln und die Auswucherung durch die Agrarier hin.

Stadtv. **Zimmermann** (USP.) wies darauf hin, daß gerade die Rechte für den freien Handel eingetreten ist und sich nun die Folgen zeigen, auf die wir schon immer hingewiesen haben. Wenn vom Schlemmerleben gesprochen wird, so steht fest, daß gerade, wenn **der Bund der Landwirte** tagt, alle Luxusgaststätten und Hotels **überfüllt sind.** Dieser Antrag kann nicht als überholt bezeichnet werden in einem Augenblick, wo die arbeitende Bevölkerung immer größere Not leidet. **Unerhört ist die Stellungnahme des Magistratsvertreters Dr. Richter,** der sich

gegen die Zwangsbewirtschaftung der Kartoffel

im Reichswirtschaftsrat aussprach. Hier wird es notwendig, daß der Magistrat nochmals überlegt, ob der **richtige Mann auf diesem Posten** sitzt. Fast scheint er der richtige Mann der Großagrarier zu sein. (Sehr richtig! links.)

Unter lebhafter Unruhe verlas der Redner Richtlinien des Bundes der Landwirte, die **den Handel** reden wollen und sich in geradezu

verbrecherischer Weise gegen die Umlage wenden und mit dem Lieferstreik drohen.

Wir stimmen den Anträgen zu und hoffen, daß die SPD. in der Regierung alles für ihre Verwirklichung tut. Angenommen wurden die Anträge Heimann auf **Abschluß von Lieferungsverträgen für Brotgetreide, Kartoffeln und Zwangsbewirtschaftung des Zuckers.**

Einen Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion

gegen die Verlegung der Bibliothek aus dem Marstallgebäude

wird die Dringlichkeit abgesprochen.

Nächste Sitzung wegen des Fronleichnamsfestes am Dienstag, den 13. Juni.

Der Erzbergermord vor dem Schwurgericht

In der Mittwoch-Nachmittagsverhandlung im Killinger-Prozeß wurden im wesentlichen Feststellungen über die Geheimorganisation C (Consul = Decname für Ehrhardt) gemacht. Nach Killingers Aussagen hat sich in dieser Organisation eine **ganze Anzahl von zeitfreiwilligen Offizieren** zusammengefunden. Angeblich, **„um sich der Regierung gegen den Bolschewismus zur Verfügung zu stellen".** Wie sie dieses Zurverfügungstellen verstanden, das haben Schulz und Tillessen durch den Mord an Erzberger, der ihnen als einer der hervorragendsten Repräsentanten des nachwilhelminischen Regierungssystems galt, bewiesen. **Killinger dagegen bestritt, daß die Organisation sich die Aufgabe gestellt habe, die Verfassung zu stürzen.** Von der Beseitigung Erzbergers sei in der Organisation nicht gesprochen worden. Er habe Erzberger **keinen Vorwurf aus der Unterzeichnung des Friedensvertrages** gemacht. Andere Mitglieder seien aber **anderer Auffassung** gewesen. Die Organisation C bestimmte in ihren Satzungen, **„Verräter verfallen der Fehme".** Killinger will darunter nur verstanden haben, **Verräter sollten boykottiert** werden. Das Geld für die Organisation sei Killingers Meinung nach von Industriellenkreisen gekommen. Im Sommer 1921 hätten **Schulz und Tillessen drei bis vier Wochen Urlaub bekommen.** Vierzehn Tage nach Antritt des Urlaubs hätten sie ihre Reise angetreten. Am 28. August habe er einen Zettel in seiner Wohnung vorgefunden, der die Rückkunft der beiden meldete. Am 29. habe er die **Koffer vor seiner Wohnung** gefunden, die er dann aufbewahrte. Killinger habe dann verlangt, daß Schulz und Tillessen, wenn sie abreisen, die auf die **Organisation C bezüglichen Papiere bei ihm lassen** würden. Schulz und Tillessen hätten erst acht Tage ins Gebirge gewollt, später aber **Urlaub** für eine Reise **nach Lindau** verlangt, den er ihnen nach einigem Zögern **bewilligt** habe. Schulz habe ihn gebeten, in seiner Wohnung **nach Briefen** an ihn nachzusehen. **Killinger tat's.** Am 9. September sei Schulz von Lindau zurückgekehrt und habe erklärt, er habe **in Berlin eine Lebensstellung erhalten, die er sofort anzutreten wünsche.** Ueber seine Verhaftung sagt Killinger aus, er sei von Frankfurt, wo er einen **größeren Kontingent der Geheimorganisation „gegen den Polenaufstand"** zusammenstellen wollte, nach Halle gefahren und auf der Rückreise in Augsburg durch **ein fingiertes Telegramm im Zuge festgestellt und verhaftet worden.** Er wurde zwar im letzten Augenblick gewarnt, jedoch zu spät.

Der als Zeuge vernommene Abgeordnete Dietz, der mit Erzberger am Mordtage einen Spaziergang machte, bemerkte, daß **zwei junge Leute in etwa 400 Meter Entfernung hinter ihnen herkamen.** Sie überholten Erzberger und Dietz. Eine halbe Stunde oberhalb kehrten letztere um. Die beiden jungen Leute **kamen ihnen wieder nach.** Plötzlich standen sie vor den ahnungslosen Spaziergängern und schossen **darauf los.** Auch Dietz erhielt einen Schuß, brach zusammen, hörte aber **weiter mehrere Schüsse krachen.** Nach einiger Zeit **abermals.** Dann verlor er das Bewußtsein. Als er wieder erwachte, raffte er sich auf. **Auf der Straße waren große Blutspuren. Erzberger lag tot unter einer Tanne** an der Böschung.

Bezirksarzt Dr. Setori, der als Sachverständiger vernommen wird, sagt aus, daß **Erzberger acht Schüsse erhalten hat,** von denen **zwei den Schädel, einer die Brust durchbohrte. Die Kopfschüsse haben das Gehirn in einen Brei verwandelt.** An Hand des dem Gerichte vorliegenden Schädels Erzbergers legt Dr. Setori dar, daß höchstwahrscheinlich Erzberger **die tödlichen Schüsse erst erhielt, als er schon zusammengebrochen am Boden lag.**

Gerichtschemiker Dr. Popp hat mit der Gerichtskommission den Tatort aufgesucht. An den vorhandenen Fußspuren wurde festgestellt, daß mehrere Täter in Betracht kamen. Erzberger müsse nach den ersten Schüssen geflohen und von den Mördern verfolgt worden sein. Wahrscheinlich sei er am Abhang zu Fall gekommen und dann bis zur Tanne am Fuße der Böschung gerutscht. Er hält es für **zweifellos, daß Erzberger erst unter der Tanne sowohl die Schüsse in den Schädel wie einen Schulterschuß** erhalten hat. Erst schloß man auf Raubmord, weil ein kostbarer Ring fehlte, der Erzberger vom Papst geschenkt wurde. Bei einer Durchsuchung der Umgebung habe man aber den Ring wiedergefunden. Auch Geld und goldene Uhr waren dem Toten nicht abgenommen. Die beiden **Kopfschüsse seien aus zwei verschiedenen Waffen abgefeuert.**

Zeuge Kutscher Meyer hat auf der Landstraße, an der der Mord erfolgte, sowohl Erzberger und Dietz als auch die beiden Mörder gesehen, glaubte, daß es Kurgäste seien. Als Schulz und Tillessen an seinem Gefährt vorüber kamen, **hätten beide den Kopf gesenkt,** so daß er die Gesichter nicht erkennen konnte.

Verurteilte Offiziere

Mainz, 8. Juni

Vor dem Kriegsgericht der Rheinarmee hatten sich 17 ehemalige aktive deutsche Offiziere, sämtlich in Wiesbaden wohnhaft, zu verantworten, weil sie als Mitglieder der Ortsgruppe Wiesbaden des Deutschen Offiziersbundes entgegen einer Verordnung der interalliierten Rheinlandkommission im besetzten deutschen Rheingebiet einer Organisation angehört haben sollen, die direkt oder indirekt mit dem deutschen Kriegsministerium oder anderen militärischen Dienststellen in Verbindung stehe. Das Gericht verurteilte nach fünfstündiger Verhandlung den Major Georg Jürgen als verantwortlichen Leiter zu drei Monaten Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe, den Oberleutnant Heinrich Graf in contumaciam zu vier Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe, den Hauptmann Heinrich Otto und den Oberleutnant Heinrich Aumann in contumaciam zu je einem Monat Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe, die übrigen Angeklagten zu je 3000 M. Geldstrafe.

Eine Kampfansage der österreichischen Sozialdemokraten

(Intel) **Wien, 8. Juni.**

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung erklärte der Sozialdemokrat Dr. Bauer zur Frage der Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, die Sozialdemokratie vertrete nur ein Lebensinteresse der Arbeiterschaft, wenn sie diese Frage in den Vordergrund rücke. Sollte sich die Regierung den von der Sozialdemokratie vorgebrachten Argumenten verschließen und so weder sozialpolitisches Verständnis noch einfachen menschlichen Willen zeigen, so würde sich die Sozialdemokratie gezwungen sehen, die Arbeitslosenfürsorge zu einer politischen Frage zu machen. Sie werde dann der Regierung beweisen, daß sie **über die Schwierigkeiten,** die sich aus einer ablehnenden Haltung gegenüber diesen Forderungen der Sozialdemokratie ergeben werden, **nicht hinwegkommen werde.**

Praktische Solidarität

Amsterdam, 8. Juni. (Niederländische Telegr.-Ag.)

Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes stellte in seiner heute in Amsterdam abgehaltenen Versammlung zugunsten der Opfer des Unglücks von Bluman bei Wien zehn Millionen Kronen zur Verfügung, die den Arbeitern bzw. ihren Angehörigen durch die Vermittlung der österreichischen Gewerkschaften überwiesen werden sollen.

Schanzer über Genua

Rom, 8. Juni

In der italienischen Kammer behandelte der Außenminister Schanzer nochmals Genua. In einem allgemeinen Abkommen mit Rußland erblicke Italien eines der wesentlichsten Elemente zur Befriedung und zum Aufbau Europas. Deshalb sei Italien für ein solches Abkommen eingetreten. In Genua traten weiter in Erscheinung das enge **Zusammenarbeiten Italiens und Englands** und die Uebereinstimmung der Politik beider Länder auf gemeinsame Ziele.

In bezug auf die internationale Lage meinte Schanzer in einer Anspielung auf Frankreich: Die Erklärungen Barthous genügen, um zu beweisen, mit welchen freundschaftlichen Gefühlen gegenüber Italien die französische Delegation unser Land verlassen hat. Aber auch unsere Beziehungen zu den anderen in Genua vertretenen Nationen und an erster Stelle zu Deutschland sind, wie wir mit dem größten Vergnügen feststellen, aus der Konferenz geklärt und gefestigt hervorgegangen.

Faszistentreiben in Venedig

(Intel) **Venedig, 8. Juni.**

Heute nacht stürmten 300 Faszisten das hiesige Marinespital und entführten die Leiche eines Hafenarbeiters, der kürzlich von der Hafenpolizei wegen Unbotmäßigkeit erschossen worden war. Die Faszisten bahrten die Leiche in ihrem Versammlungslokal auf.

Eisenbahnarbeiterstreik in Amerika

(Intel.) **Chicago, 7. Juni.**

Die United States Railway Labour Board hat eine Herabsetzung der Löhne der Eisenbahnarbeiter beschlossen, und zwar für Werkstättenarbeiter um 7 Cent, für Streckenarbeiter um 9 Cent. Von dieser Lohnkürzung werden 400 000 Eisenbahnarbeiter betroffen. Die Eisenbahnarbeiter haben eine Generalversammlung nach Cincinnati einberufen, wo über Annahme oder Ablehnung der Lohnreduktion entschieden werden soll. Da mit einer Ablehnung der Lohnherabsetzung zu rechnen ist, dürfen die Eisenbahnarbeiter geschlossen in den Streik treten.

Eine Ausdehnung des deutsch-russischen Vertrages auf die Ukraine wünscht das Haupt der ukrainischen Regierung Raborek.

Um den Valutazuschlag. Die spanische amtliche „Gaceta" veröffentlicht heute ein Dekret, wonach der Valutazuschlag unterbleibt: 1. für Waren, die am 1. Juni in zollamtlicher Behandlung, 2. für Waren, die laut direktem Konnessement, direktem Frachtbrief oder vom spanischen Konsul visiertem Schiffmanifest den Ursprungsort vor dem 1. Juni verlassen haben, 3. für Waren, die in spanischen Transitlagern sich befinden und innerhalb von 5 Tagen nach Veröffentlichung dieses Dekrets zur Verzollung angemeldet werden.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen und Warzen beseitigt schnell, sicher und schmerzlos
In Apotheken und besseren Drogerien erhältlich
Kukirol
Ärztlich empfohlen Millionenfach bewährt!
Gegen Fußschweiß und Wundlaufen Kukirol-Fußbad!

Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzplatz 58a

Jackett-Anzüge, Covercoats, Gummimäntel, Cutaways Schlüpfer jetzt von 1000 M. an. Ferner Damen-Kostüme, Mäntel, Wäsche, Teppiche, enorm billig. Pelzwaren, Krawattchen 400 M. Seidenblusen, Blau-, Silberfüchse, Skunks, Wölfe, Luchse. Sportpelze Gehpelze enorm billig. Damen-Pelzmäntel 3500 M. Pelzjacken. (Keine Lombardware.)

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne
7½ Uhr:
Masse Mensch

Neues Volkstheater
Köpenicker Straße 68
7½ Uhr:
Schuster Aiolos

Staats-Theater
Opernhaus 6 Uhr:
Zauberflöte
Schauspielhaus 7½ Uhr
Lumpazi Vagabundus

Deutsches Theater
7½ Uhr:
Pottasch und Perlmutter

Kammerspiele
8½ Uhr
Vatermord

Großes Schauspielhaus
7½ Uhr:
Die versunkene Glocke.

„Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler" im Theater i. d. Königgrätzer Str. Tägl. 8 Uhr

Komödienhaus:
Tgl. 8 U. „Gretchen"
Glässner, Roberts

Berliner Theater
7.0 Uhr: **Madame Flirt**

Wallner-Theater
7½ Uhr.
D. beiden Nachtigallen

Walhalla-Theater
7½ Uhr
Gasthaus zur Liebe

ROTTER-BÜHNEN
Täglich 8 Uhr:
Residenz-Theater
Eine Frau ohne Bedeutung
7½ **Trianon-Theater**
Moral
v. Ludw. Thoma

Theater am Nollendorfplatz
7½ Uhr
Verliebte Leute

7½ **Casino-Theater** 7½
Der Neffe aus Afrika.
Schluss am 12. Juni

Theater des Ostens
(Rose-Theater)
5 Uhr.
Berlin - Wien - Kunstlertempel.

Theater am KottbusserTor
Tägl. 7½ Uhr
Elite-Sänger
Volkspreise!

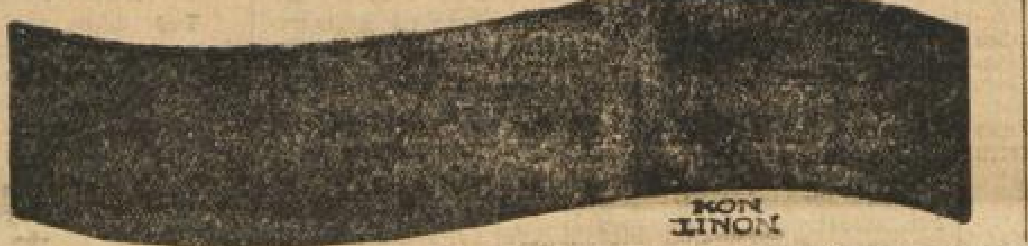
Berliner Prater
Kastanien-Allee 7/9
Täglich 7½ Uhr
Die Prinzessin vom Nil
Operette in 3 Akten, dazu Spezialitäten-Programm.
Beginn d. Konzerts 4½ U.

Metropol-Variété
Behrenstraße 54
8 Uhr:
Gastspiel des rheinisch. Komikers
Carl Bolesko,
u. 7 Ihnen bekannt. Variété-Schlager

VIII.

Im Hinblick auf die überlegene Güte ist sie auffallend preiswürdig.

Maffary-Delft, edel wie der Name.



Teil-zahlung!
Garderobe
für Damen, Herren und Burschen
sehr preiswert
infolge groß. alter Lagerbestände
bei bequemen Ratenzahlungen
H. Tyra & Co.,
Berlin, Deunsestr. 20

Metall-ankauf Königstor.
Neue Königstraße 87
zahlt Tagespreise für
Messing, Kupfer, Blei, Zink etc.

Für 50 Mark
wöchentl. erhalten Sie bei kl. Anzahlung einzelne **Möbel** jeder Art sowie Ausstattungsstücke von Gardinen, Betidecken, Bettwäsche für wöchentlich
20 Mark
Zorndorfer Str. 54
Barthel

Metall Ostanenkaufstelle O.-en. Grün. Weg 80
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Geld
für jede Wertsache. Höchste Anrechnungspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff Friedrichstr. 41, II., Ecke Kochstr.

Zeiß feldstecher
6- und 8fach, kauft ständig M. Steckelmann, Berlin W 9, Potsdamer Str. 135 (Lützow 9280)

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54
Geschäftszeit von vorm. 9 bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836

Wegen der am Sonnabend, den 10. d. Mts. stattfindenden Feier des

25jährigen Jubiläums

der einheitlichen Verwaltungsstelle Berlin werden die Büros, mit Ausnahme des Zimmers 3 (Beitragszahlung), nachmittags ab 2 Uhr geschlossen.

Achtung! **Kesselschmiede-Lehrlinge.** Achtung!
Sonntag, den 11. Juni 1922, vormittags 10 Uhr

Wichtige Versammlung

im Lokal von Sachse, Lindower Straße, am Bahnhof Wedding.
Die Kommissionsmitglieder und Vertrauensleute werden dringend ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Funktionäre! Achtung!
Freitag, den 9. Juni 1922, nachmittags 5 Uhr, findet in der Brauerei „Friedrichshain" eine gemeinsame

Versammlung

aller Funktionäre aus den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller, soweit dieselben einer dem Metallkartell angeschlossenen Gewerkschaft angehören, statt.

Tagesordnung:
Stellungnahme zum gefällten Schiedsspruch vor dem Reichsministerium über die Lohnverhandlungen für Monat Juni.
Zutritt nur gegen Vorzeigung der Funktionärkarte und des Mitgliedsbuches.

Achtung! Funktionäre! Achtung!
Freitag, den 9. Juni 1922, nachm. 5 Uhr.

Gemeinsame Versammlung

der Funktionäre, die nicht in den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller beschäftigt sind, in den „Andreas-Festsälen", Andreasstraße 21.

Tagesordnung:
Bericht über den gefällten Schiedsspruch vor dem Reichsarbeitsministerium, betreffend die Lohnverhandlungen für Monat Juni.
Zutritt nur gegen Vorzeigung der Funktionärkarte und des Mitgliedsbuches.

Das Metallkartell
J. A. Deutscher Metallarbeiter.

Wanderkarten
für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandl. „Freiheit", Breite Str. 8-9

Tüchtige Kontoristinnen
die flott und sicher rechnen können und mit der Rechenmaschine vertraut sind,
sofort verlangt
Meldung.: 1-2 Uhr mittags
5-6 Uhr nachm.
A. Jandorf & Co.
Kottbuser Damm 1.

Die anerkannt vorzügl. Küche und gutgepflegte Biere findet man im
Gewerkschaftshaus
SO 16, Engelufer 25, Fernspr.: Moritzpl. 8641
Billigste Preise
Musik und Gesang

Botenfrauen
dringend gesucht
von Spedition Sinner, Skalitzer Strasse 101

Zeitungs-Austrägerinnen
bei hohem Lohn für sofort gesucht.
Freiheit-Ausgabestelle Lübecker Straße 13.

Fußböden.
Holzplatten, Fenster, Türen, ferner transportable Wohnlauben, sowie alle anderen Baumaterialien äußerst billig.
Paul Köhler, Abbruchunternehmer NO 55 Greifswalder Straße 100. Teleph. Alex. 4046.

Möbel-Fabrik Rob. Seelisch
Berlin O 112, Rigaer Str. 71-73a, 5 Min. v. Bhf. Frankfurt. Allee
Gegründet 1876

empfiehlt zu bekannt billigen Preisen bei solider Ausführung
Komplette
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
einfachen und besseren Genres
Küchen farb. u. naturglasiert in allen Preislagen
Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern.

Kein Laden

Schuhwaren

Damen weiß Leinen Spangenschuhe **68⁰⁰**
in guter Lederausführung. Ia Ausführung, Schnür, Spange und Kreuzspange .... Mk. 150.—

Braune Sandalen in bester Lederausführung Gr. 31-35 175.00 Gr. 27-30 150.00 Gr. 25-26 **125⁰⁰**

Herren Ia Rindbox- u. Chevreau-Stiefel **375⁰⁰**
in guter Leder-Ausführung! Solange Vorrat reicht .....

Damen Ia Lack Schnürschuhe **495⁰⁰**
in bester Kalblack-Ausführung, kurze hübsche Form .. nur

Ferner unterhalten wir grosses Lager in schwarzen, braunen und weissen Herren-, Damen- und Kinder-Stiefeln zu ausserordentlich billigen Preisen.

Schuhhaus Katz
vorn 1 Treppe **10 Münzstraße 10** vorn 1 Treppe
Verkaufsstelle für Potsdam, Werder u. Umg.: Glindow, Dorfstr.
Jeder Käufer erhält 1 Paar Ia Gummiabsätze gratis.

Kein Laden

Annahme in allen Speditionen des Verlages
Geschäftsstelle:
Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Kleine Anzeigen

Das Überschriftswort 2.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.75 M. netto. Stellengesuche: Überschriftswort 2.—, jed. weitere Wort i. Text 1.50 M.

Verkäufe

Staunenerregend! Wunderbare Neuheiten in Kreuz-, Alaska-, Zobel- und Silberfüchsen. Riesenauswahl aller Pelzarten zu fabelhaft billigen Sommerpreisen! Keine Versatzwaren! Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus! Warschauer Straße 7.

Anzüge. Sommerpaletots, Sommerschlüpfer, Covercoats, Cutaways, Gehrockanzüge, Gummimäntel, Hosen jetzt fünfzig Prozent billiger. Friedensstoffe. — Kreuzfüchse, Alaskafüchse, sämtliche Pelzarten jetzt zu spottbilligen Sommerpreisen. (Keine Lombardware). Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstr. 203/4, Ecke Rosenthaler Str.

Kinderwagen, Leiterwagen Kastenwagen und alle Sorten Fahrräder. Kindermagen. Puppenw. Feldlich, Brunnenstraße 96 (Humboldt 874).

Central-Leihhaus Jägerstr. 71, Ecke Kanonierstr., tägl. Verkauf von hocheleganten Straßen-, Cutaway-, Smoking- u. Frack-Anzügen sowie Schlüpfern u. Raglans zu spottbillig. Preisen. (Keine Lombardware).

Nirgends besser kaufen Sie erstklassige Herrenmoden, wie Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw. in unübertrefflicher Auswahl und Schönheit zu konkurrenzlos billigen Preisen. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßverarbeitung. Fahrgeld-Vergütung.— Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstr. 5, direkt Rosenthaler Tor.

Anzüge 950,—. Gummimäntel 1250,— verkauft Leihhaus, Reinickendorfer Straße 105, Weddingplatz. Keine Lombardware.

Möbel

Chaiselongues. Diwandecken 250,— Tischdecken, wunderbare Wandbehänge, Pappelallee 12.

Chaiselongues, Umbausofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen 450,— an. Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Möbel-Lechner, Brunnenstr. 7 offeriert Schlafzimmer, Speisez., Herrenzimmer, Klubgarnituren, Küchen usw., große Auswahl. Besuch lohnend. Auf Wunsch Zahlungs-Erleichterung.

„Was ist Porath" Kinder- und Krankennahrung-? Die Hafer-Kraft-Nahrung von höchstem Nährwert!

„Wer soll Porath" Kinder- und Krankennahrung- ständig verwenden?

Jede Mutter für Ihren Säugling anstelle mangelnder Muttermilch und nach der Entwöhnung, für größere Kinder zur Muskel- und Knochenbildung

Erwachsene namentlich Magen- und Darmkranke und solche, die unter Verdauungsstörungen leiden, als Stärkungsdiät,

Gesunde als Kraftkost

Schon viele verdanken ihr Wohlbefinden und die prächtige Entwicklung ihrer Kinder Porath's Kinder- und Krankennahrung.

Verlangen Sie Broschüre und Probe kostenlos.
Richard Porath G.m.b.H. Nährmittelwerk, Berlin S.W. 68

Chaiselongues 325, Metallbetten 300, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbettstelle, Weiske, Augustastr. 32a, Quergeb.

Kaufgesuche

Edelmetall kauft Meierstr. 3 am Hermannplatz.

Metallschmelze, Ackerstraße 35 (nur im Laden) kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, sämtliche Metalle.

Pfandscheine und Prismenfeldstecher kauft zu höchsten Preisen Kirstein, Linienstraße 50.

Altmetalle und Kugellager kauft zu höchsten Tagespreisen, Baack, Markusstraße 27c.

Silberschmelze Ebrilenau, Köpenicker Straße 30a (gegenüber Manteuffelstraße), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Quecksilber, Glühstrumpfasche, sämtliche Metalle.

Gaskerzen, alte dreipolige, Kugellager, kauft Autofeuer, Oberberger Straße 1.

Fahrräder

Fahrradankauf Linienstr. 19.

Fahrräder, neu und gebraucht, Schönhauser Allee 163.

Fahrräder kauft Krauß, Große Frankfurter Str. 82.

Fahrradankauf höchstzahlend, Brückner, Gitschiner Straße 78.

Arbeitsmarkt

Glasschmelzerinnen 20—30 durchaus tüchtige Handschmelzerinnen für Schmelzlampenanlagen sucht sofort Berlin-Grünauer Glühlampenfabrik, Grünau, Köpenicker Straße 27.

Glasbläser 20—30 geübte Formbläser für Ballonbläser sucht für dauernd gegen höchste Bezahlung Berlin-Grünauer Glühlampenfabrik, Grünau, Köpenicker Straße 27.

Verschiedenes

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8—9.

Groß-Berlin

Quer durch den Blumental-Forst

Du warst noch nicht im Blumentalforst, im schönsten Walde der Mark? Durch die Sonntags-Rückfahrkarten ist dir diese prächtige Tour erleichtert. Du fährst vom Wriezener Bahnsteig des Schlesischen Bahnhofes um 5,54 oder 8,47 früh, Sonntags auch 8,22, in 1½ Stunde nach Tiefensee und darfst auf der Heimreise die Strecke von Strausberg benützen. (3. Klasse 27,00 M., 4. Klasse 18,00 M.) Zwischen den Städchen Strausberg, Werneuchen und der Wriezener Kleinbahn lagert sich massig der stellenweise an Harzromantik erinnernde Blumental, auf dessen Urgründen vor 2000 Jahren die Semnonen gehaust haben. Wer gesunde Knochen hat, noch jugendfrisch und zähe ist, fährt schon am Sonnabend nachmittag um 6,59 mit Rückkarte, übernachtet unter freiem Himmel und genießt den herrlichsten Waldmorgen. Du kommst aber auch mit der Eintagefahrt ohne übermäßige Anstrengung bequem aus. Geh' wenige Minuten hinter den Bahnhof Tiefensee über das Gleis. Sofort sitzt dir wundervoller, hochstämmiger Laub- und Nadelwald dicht vor der Nase. Wie du, an den Gräuelvollen Berliner Wirrwarr gewöhnt, staunst über die tiefe Ruhe, über die mächtigen Farrenwedel, die ausgedehnten Pilzwucherungen, die herrliche Waldflora! Das ist doch etwas ganz anders als der stullenpapierbesäte Grunewald oder die dürftige märkische Föhrenheide. Nach 20 Minuten schlängelst du dich durch eine von Ausflüglern getretene Schlucht und stehst bewundernd vor dem ersten der traumhaft stillen Gewässer des Blumentals, dem tiefgelegenen Gamensee. Dichtes Gestrüpp trennt Wald und Wasser. Nur mühsam kämpft man sich durch. Dann ein idyllisches Haselnußwäldchen. Ah . . . an seinem Ende eine hochragende Sand- und Steinwand. Unter Schweißtropfen auf vermorschten Stiegen hinauf, zur Blumentalstraße. Und auf der anderen Seite wieder dicker, schwarzgrüner Tannengrund, mit den Spitzen gerade die Chaussee erreichend. Die führt in 15 Minuten zum ersten Haus. Deck' dich hier mit Milch oder Brunnenwasser ein! Vorläufig gibt's nichts mehr. Der Blumental-Rübezahl duldet keine Wirtshäuser. Nun scharf rechts ab durch das Wildgatter zum kleinen und großen Latt-See, zwei wahre Juwelen mitten im Laubholzwald, von hohem Schilf und Erlen umsponnen, am frühen Morgen von ganzen Rudeln Wild belagert. Die Wege sind kaum zu verfehlen, wenn man sich immer in der Richtung der Seen hält. Wer sich näher auskennt, streift über die Dachs-Berge durch den Wald bis nach Heidekrug. Der eigentliche Blumental mit dem gleichnamigen See liegt übrigens links der Chaussee, also in der Höhe des Gamensees. Bei ausgedehnten Touren durch diesen nur mit besonderer Erlaubnis betreibaren Teil erfordern aber einen guten Tag und Rückfahrt wieder von Tiefensee (am Sonntag spätestens 9,46 abends). Hinter den Latt-Seen und dem Wildgatter der ebenfalls prächtige Ihland-See, umgeben von drei Berghöhen, zwischen den schwerreichen Kirchdörfern Gielsdorf und Wilkendorf. Die Wilkendorfer Pfarrgemeinde fühlt sich natürlich als Alleinherrscher im glücklichen Besitz ihres großen Waldgebietes jenseits des Sees, hat es wie eine Festung mit christlicher Nächstenliebe eingedrahtet. Du kreuzest die Chaussee, von wo ab endlich Wegweiser dich leiten, und erfrischst nach drei- bis vierstündigem Marsch die durstige Kehle im nahen Strausberger Schützenhaus, noch immer mitten im Wald. Der neben der Arbeitshaustadt in breiter Fläche schimmernde Straus gibt wieder Richtung. Von da ab kennst du dich ja gut aus durch so manche schöne Partie nach der Forsten und Seen um Strausberg.

Hunderttausende für die notleidende Kirche

Die bürgerliche Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung nützt ihre Position rücksichtslos aus. Bei der Beratung des Etats der Irrenanstalten und Krankenhäuser wurde im ständigen Etatsausschuß ein Antrag Koch (Dntl.) angenommen für die Seelsorge in städtischen Krankenhäusern 250 000 Mark zu bewilligen! Kurz vorher hatte man lang und breit darüber gestritten, ob für das Märkische Museum für Anschaffungen lumpige 10 000 M. mehr eingestellt werden sollen oder nicht. Geradezu klassisch war die Begründung. Nach Pfarrer Koch ist insbesondere in Dalldorf festgestellt, daß die seelsorgerische Behandlung als Heilmittel anzusprechen ist! Ein anderer Deutschnationaler zitierte Friedrich den Großen, nachdem jeder nach seiner Façon selig werden müsse. Die Linke verstoße gegen diesen Grundsatz — wenn sie die Subventionierung der Kirche aus allgemeinen Mitteln ablehne. Schade, daß man sich früher nie nach diesem löblichen Grundsatz, der unser Grundsatz ist, gerichtet hat! Als „Entgegenkommen“ gegen die Linke wurde der Betrag von 25 000 M. erhöht, damit auch Freireligiöse evtl. Subvention erhalten können. Die Vertreter des Magistrats warnen sonst sehr eifrig vor jeder noch so geringen Erhöhung der Ausgaben. Hier schwiegen sie!! Die Arbeiterschaft sieht, wohin die Reise geht, wenn sie in Wahlmüdigkeit und Indifferenz verfällt. Der deutschnationale Antrag wurde mit einer Stimme Mehrheit der bürgerlichen Parteien gegen die geschlossene Linke angenommen.

Zeitungsnot und Lesehallen

Es war doch eine schöne Zeit, als man täglich für einen Sechser oder höchstens für einen Groschen fünfzig und mehr Zeitungen lesen konnte. Schon am frühen Morgen waren die zahlreichen privaten Berliner Lesehallen, meist in kleinen Läden oder Kellern belegen und mit Zeitungsverkäufen verbunden, von Stellungsuchenden überfüllt. Sie hatten es nur auf die Inserate abgesehen, durchstöberten die Spalten in fliegender Hast und stürzten eilfertig davon, wenn etwas für sie Passendes, das Aussicht auf Brot bot, entdeckt war. Da kamen aber auch zahllose Geschäftsleute aller Art, denen die Durchsicht vieler Zeitungen gewerbsmäßig ein Lebenselixier war, ferner die an keinem Tage fehlenden Wohnungsuchenden, als es noch keine Wohnungsnot gab, auch die stillvergnügten Politiker, die sich ihr Urteil nicht nur einseitig aus einer einzigen Zeitung zu bilden bestrebt waren, endlich zahlreiche Leute von der Feder, die hier auf die übligste Art erfuhren, was im „Bau“ vorging. Jede Lesehalle hielt mindestens ein Dutzend der bekanntesten auswärtigen Zeitungen. Für Freunde von Belletristik, Sport, Spiel, Kunst, Wissenschaft war durch Aushang entsprechender Zeitschriften ebenfalls reichlich gesorgt. Selbst das damals noch heimlich betriebene Wetten und Buchmachen blühte an manchen dieser Stellen, um die einlaufenden Zeitungssechser zu vervielfachen. Und eine nicht gerade selten vorkommende Sensation war es immer, wenn — meist ein paar Stunden zu spät — die „Blauen“ auf der Bildfläche erschienen, um im Auftrage der politischen Polizeizensurstelle irgendein mißliebiges Blatt, das dann fast regelmäßig ein sozialdemokratisches war, zu beschlagnahmen.

Entschwundene Zeiten! Die Lesehallen sind bis auf ganz wenige, die noch unter Opfern von amtlichen oder gemeinnützigen Stellen unterhalten werden, dank dem Papierwucher sämtlich eingegangen. Es war nicht mehr möglich, den Lesebetrieb aufrechtzuerhalten, selbst, wenn man die Lesegebühr auf das Zehnfache erhöht hätte. Wer heute aus Notwendigkeitsgründen viele Zeitungen lesen will, muß in ein größeres Café gehen und statt des früheren Sechsers 4 bis 5 Mark für die Zeche anlegen. Aber auch an diesen Stellen macht sich die Zeitungsnot durch immer stärkeres Beschneiden der Zahl der Zeitungsauslagen empfindlich bemerkbar. Haben wir doch Cafés in Berlin, die jetzt jährlich 20 000 bis 30 000 Mark für das zum Leidwesen der Verleger unumgänglich gesteigerte Bezugsgeld aufwenden müssen, was die auf andere Geschäftsverhältnisse zurückwirkende Notlage im Zeitungsgewerbe grell beleuchtet.

Am härtesten trifft aber der ungeheuerliche Papierwucher mit seinen Auswirkungen doch die vielen kleinen Existenzen, die ohne das Halten einer Zeitung oder gar mehrerer nicht auskommen können. Um so dankbarer ist es anzuerkennen, wenn selbst in diesen Kreisen lieber auf ein paar Zigarren verzichtet und dem bewährten Blatt, das mutig für die persönliche und wirtschaftliche Freiheit kämpft und in allen Schwierigkeiten zähe durchhält, ebenso zähe die Treue bewahrt wird.

Mietssteigerung ab 1. Oktober 1922

Nach § 1 des Reichsmietengesetzes, das am 1. Juli d. Js. in Kraft tritt, kann sowohl der Vermieter wie der Mieter eines Gebäudes oder Gebäudeteiles jederzeit dem anderen Vertragsteile gegenüber erklären, daß die Höhe des Mietszinses nach den Vorschriften dieses Gesetzes berechnet werden soll. Diese Erklärung, die schriftlich erfolgen muß, hat die Wirkung, daß die sogenannte „gesetzliche Miete“ von dem ersten Termin ab, für den die Kündigung nach § 565 BGB. zulässig sein würde, an die Stelle des vereinbarten Mietzinses tritt. Nach § 565 BGB. ist die Wirksamkeit der Kündigung von dem Zeitraum abhängig, nach dem der Mietzins bemessen ist. Ist der Mietzins nach Tagen bemessen, so ist die Kündigung an jedem Tage für den folgenden Tag zulässig; ist der Mietzins nach Wochen bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß einer Kalenderwoche zulässig, sie hat spätestens am ersten Werktage der Woche zu erfolgen; ist der Mietzins nach Monaten bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß eines Kalendermonats zulässig, und zwar muß sie spätestens am 15. d. Mts. erfolgen. In allen übrigen Fällen ist die Kündigung nur für den Schluß eines Kalendervierteljahres zulässig, und zwar hat sie spätestens am dritten Werktage des Vierteljahres zu erfolgen. Vermieter und Mieter sind also nach dem 30. Juni 1922 ohne Rücksicht darauf, ob und für welchen Zeitraum der Mietvertrag noch läuft, in der Lage, ohne Mitwirkung des Mieteinigungsamtes von dem nächsten Termin ab, für den die Kündigung nach § 565 BGB. zulässig sein würde — in den meisten Fällen also vom 1. August 1922 bzw. vom 1. Oktober 1922 ab —, die „gesetzliche Miete“ in Wirksamkeit treten zu lassen. Trotz dieser durch das Reichsmietengesetz nach dem 30. Juni 1922 geschaffenen neuen Rechtslage hat der erste Vorsitzende des Mieteinigungsamtes der Stadt Berlin mit Rücksicht auf die große Anzahl der vorliegenden Anträge, durch einstweilige Anordnung denjenigen Vermietern die bei einer Kündigungsfrist von wenigstens drei Monaten die Zustimmung des Mieteinigungsamtes zur Kündigung zwecks Mietsteigerung zum 1. Oktober 1922 beantragt haben, bzw. noch so rechtzeitig beantragen, daß der Antrag vor Ablauf der Kündigungsfrist bei dem Mieteinigungsamt eingeht, die Zustimmung durch eine im Gemeindeblatt der Stadt Berlin vom 11. d. Mts. erscheinende Bekanntmachung erteilt.

Vorsicht vor Postschwindlern

In den letzten Monaten ist es Schwindlern wiederholt gelungen, dadurch Zutritt zu Wohnungen, Geschäftsräumen usw. zu erlangen, daß sie vorspiegelten, sie sollten Arbeiten an den Fernsprechanlagen ausführen. Um Vertrauen zu erwecken, tragen sie nicht selten Postuniform oder auch nur eine Postmütze. Andere Schwindler treten in bürgerlicher Kleidung auf. Sie suchen es bei ihren Arbeiten so einzurichten, daß sie unbeobachtet bleiben, und stehlen dann in wenigen Augenblicken, was ihnen grade in die Hände fällt. Unter dem angegebenen Vorwande verschaffen sich die Schwindler auch Zutritt zu Höfen, Kellerräumen usw. und stehlen dann in günstigen Augenblicken wertvolle Metalle (Bleirohre der Wasserleitungen, Messingteile an Türen u. a. Wieder andere kundschaften anscheinend eine Gelegenheit zu Einbrüchen aus. In einem Falle hat der Dieb auf dem Hofe das Bleirohrkabel zerschnitten, in dem der Anschluß eines Teilnehmers lag, um diesem die Möglichkeit zu nehmen, die Polizei herbeizurufen.

Wie sich fast regelmäßig herausgestellt hat, sind die Geschädigten ein Opfer ihrer Leichtgläubigkeit geworden. Es ist deshalb angebracht, derartigen Schwindlern und Dieben ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Die im Fernsprechbau tätigen Beamten und Arbeiter der Reichspost- und Telegraphenverwaltung sind sämtlich mit einem Ausweis versehen. Dieser ist für Beamte z. Zt. von gelber Farbe mit

---

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Einzig autorisierte Uebersetzung von August Scholz. Amerikanisches Copyright 1916 by Ullstein & Co., Berlin.

(96. Fortsetzung.)

Kapendjuchin glaubte ihm nicht, als sie jedoch auf den Kampfplatz kamen, sagte Ssitanow plötzlich zu dem Mordwinen:

„Tritt ab, Wassilij Iwanytsch — zuerst will ich mit Kapendjuchin kämpfen!“

Dem Kosaken stieg das Blut ins Gesicht, und er schrie Ssitanow an:

„Mach, daß du fortkommst — mit dir schlage ich mich nicht!“

„Du wirst es doch tun!“ rief Ssitanow und ging auf den Kosaken los, während er ihm scharf in die Augen sah.

Kapendjuchin begann in verhaltener Wut auf der Stelle zu treten, riß dann die Handschuhe von den Händen, steckte sie unter seinen Rock und trat rasch vom Kampfplatz ab.

Beide Parteien waren verblüfft, und ein Biedermann von der Gegenpartei meinte mißbilligend:

„Das ist nicht Sitte, alter Freund, hier auf dem öffentlichen Kampfplatze häusliche Händel zu erledigen!“

Von allen Seiten drangen sie auf Ssitanow ein und schimpften über ihn. Er stand schweigend da und sagte schließlich zu dem Biedermann:

„Wenn ich nun einen Mord verhindert habe?“

Der Biedermann erriet sofort, um was es sich handelte, nahm die Mütze ab und sagte:

„Dann sind wir dir von unserer Seite Dank schuldig!“

„Bring's aber nicht an die große Glocke, Onkelchen!“

„Weshalb sollt' ich das tun? Kapendjuchin ist ein tüchtiger Kämpfer, und daß einer wütend wird, wenn er immer geschlagen wird, begreifen wir. Wir werden uns aber jetzt immer seine Handschuhe ansehen, bevor es zum Kampfe geht!“

„Das haltet, wie ihr wollt...“

Als der Biedermann sich entfernt hatte, zogen unsere Leute über Ssitanow her:

„Hast wohl den Rappel bekommen, lange Latte? Der Kosak hätt' ihn untergekriegt — und jetzt können wir als die Geschlagenen herumlaufen!“

Sie schimpften sehr lange und ausgiebig, und das Schimpfen schien ihnen Vergnügen zu machen. Ssitanow stieß einen Seufzer aus und sagte:

„Ach, ihr seid nicht recht gescheit...“

Und dann forderte er plötzlich, ehe sich's jemand versah, den Mordwinen selbst zum Zweikampfe heraus. Der stellte sich in Position, fuchtelte mit den Fäusten in der Luft herum und scherzte:

„Gut — wollen uns erwärmen...“

Etliche von den Umstehenden faßten sich bei den Händen und drängten, rückwärts schreitend, die andern zurück, bis die beiden Kämpfer mitten in dem großen Kreise standen. Sie maßen sich mit den Blicken und standen unschlüssig, die rechten Fäuste vorgestreckt, die linken auf der Brust. Den Kennern fiel es sogleich auf, daß Ssitanows Arme länger waren als die des Mordwinen. Stille trat ein; man hörte den Schnee unter den Füßen der beiden Streiter knirschen. Irgend jemandem dauerte es zu lange, es erklang die leise, ungeduldige Mahnung:

„So fangt doch endlich an!“

Ssitanow holte mit der Rechten zum Schlage aus. Der Mordwine parierte. Ssitanow aber versetzte ihm blitzschnell mit der Linken einen geraden Stoß in die Herzgrube, daß der Riese zurückwich.

„Jung, aber nicht dumm!“ sagte dieser anerkennend. Sie begannen aufeinander loszuspringen und sich gegenseitig mit schweren Fäusten zu bearbeiten. Von hüben und drüben ermunterte man Ssitanow mit lebhaften Zurufen: „Immer fix, Heiligenmaler! Bemal' ihn ordentlich, ziselier' ihn!“

Der Mordwine war weit stärker als Ssitanow, doch zugleich schwerfälliger. Er konnte nicht so rasch zuschlagen und bekam jedesmal zwei oder drei Schläge für einen, schien sie jedoch ziemlich leicht zu nehmen, denn er lachte bei der Sache und ließ seine scherzhaften Zurufe: „Uch, uch!“, wie wenn er mit Kameraden bei gemeinsamer Arbeit wäre, vernehmen. Dann aber führte er plötzlich einen schweren Hieb, der Ssitanows rechten Arm aus dem Schultergelenk renkte.

„Unentschieden! Laßt sie aufhören!“ riefen ein paar Stimmen zu gleicher Zeit. Der Kreis ward durchbrochen, und man trennte die Kämpfer.

„Sehr stark ist er nicht, der Heiligenmaler,“ sagte der Mordwine gutmütig, „aber recht gewandt! Wird mal 'ne gute Faust führen, das sag' ich vor allem Volke!“

Die jungen Burschen gingen zum Massenkampf über, ich aber begleitete Ssitanow zum Feldscher, der ihm den Arm einrenken sollte. Sein Verhalten hob ihn noch in meinen Augen, und die Sympathie der Achtung, die ich für ihn empfand, wuchs beträchtlich.

Er war überhaupt ein aufrichtiger, ehrlicher Bursche, der die Ehrlichkeit einfach für seine Pflicht hielt. Der kecke Kapendjuchin machte sich über ihn lustig:

„Aeh, Jewgenij, so hab' dich doch nicht! 's ist alles nur Schein bei dir. Hast deine Seele blankgeputzt wie 'nen Siamowar vor den Feiertagen, und nun prahlst du: Seht doch, wie sie glänzt! Deine Seele aber ist nur von Messing, und du bist ein recht langweiliger Peter...“

Ssitanow schwieg zu seinen Spöttereien, tat eifrig seine Arbeit und schrieb in seiner freien Zeit Lermontows Gedichte in sein Heft ab. Ich riet ihm, sich das Buch zu kaufen, er habe doch das Geld dazu, aber er meinte:

„Nein, es ist besser, ich schreib's eigenhändig ab.“

Hatte er eine Seite in seiner gefälligen, durch hübsche Schnörkel verzierten kleinen Schrift übertragen, so wartete er, bis die Tinte getrocknet war, und las leise vor sich hin:

„Wirst ohne warmes Mitempfinden
Hinschauen auf der Erde Leid,
Auf der kein warmes Glück zu finden
Und ewige Schönheit nicht gedeiht...“

Und die Augen schließend, sagte er:

„Das ist wahr! Ach, wie trefflich er die Wahrheit kennt!“

Sonderbar erschienen mir die Beziehungen Ssitanows zu Kapendjuchin — war der Kosak betrunken, so suchte er jedesmal Streit mit dem Kameraden und wollte sich mit ihm prügeln.

(Fortsetzung folgt.)

dem roten Ueberdruck „Nur für 1922 gültig". Außerdem trägt er Namen und Amtsbezeichnung des Inhabers. Die Ausweiskarten der mit der Einrichtung von Sprechstellen beauftragten Telegraphenarbeiter enthalten ein Lichtbild des betreffenden Arbeiters. Es wird dringend empfohlen, sich diese Ausweiskarten stets vorzeigen zu lassen und sich Nummer und Namen zu merken.

Eine ähnliche Mahnung zur Vorsicht ist bereits im „Amtlichen Fernsprechbuch für Berlin und Umgegend" auf Seite 4 enthalten. Zweckmäßig wäre vor allem, unbekannte Personen, die auf den Höfen oder in Kellern angetroffen werden und vorschützen, Arbeiten an den Fernsprechanlagen ausführen zu müssen, nach diesen Ausweiskarten zu befragen. Sind sie nicht im Besitz des Ausweises, so ist möglichst schnell ihre polizeiliche Feststellung zu veranlassen. Es wird bemerkt, daß die Ober-Postdirektion für die Ergreifung derartiger Schwindler, die Telegraphen- und Fernsprechanlagen zerstören, namhafte Belohnungen zahlt.

Verbands-Generalversammlung (Bezirks-Parteitag) des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg in den Sophiensälen, Sophienstr. 17/18, am Sonntag, den 11. Juni 1922, vormittags 9 Uhr. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Bericht der Revisoren. 3. Neuwahlen der Bezirksleitung. 4. Anträge. Die Mitglieder des Zentralvorstandes legitimieren sich durch ihre rote Zentralvorstandskarte.

Proletarische Feierstunden. Am Sonntag, den 9. Juli, vormittags 10 Uhr, findet im Großen Schauspielhause zu Ehren der Delegierten zur Reichsbildungskonferenz eine Feierstunde statt. Eintrittskarten zu 7,50 M. sind in den bekannten Stellen und bei den Funktionären zu haben. Die Funktionäre können am Sonnabend die Karten vom Bureau, Breitestraße 8/9, abholen.

Sonderzüge nach dem Riesengebirge mit ermäßigten Fahrpreisen verkehren am 10. Juni, 7., 8. und 15. Juli sowie am 15. August. Abfahrt vom Görlitzer Bahnhof früh 8.40 Uhr, Ankunft in Schmiedeberg um 3.37 Uhr nachmittags. Außerdem werden noch zwei Sonderzüge am 3. und 8. Juli nach Schreiberhau abgelassen, die 10.25 Uhr vormittags hier abgehen und um 6.03 Uhr in Schreiberhau eintreffen. Die Fahrpreise in 3. Klasse hin und zurück betragen: 218 M. nach Krummhübel, 220 M. nach Schreiberhau, 210 M. nach Petersdorf, 207 M. nach Warmbrunn und 198 M. nach Hirschberg. Die Karten gelten 60 Tage. Fahrtunterbrechung ist auf der Hinfahrt ausgeschlossen. Es werden nur soviel Karten ausgegeben, wie Sitzplätze vorhanden sind. Die Karten sind am Görlitzer Bahnhof zu haben. Vier Tage vor Zugabgang wird der Kartenverkauf geschlossen.

Städtische Volksspeisung. Der Magistrat hat durch Beschluß vom 7. Juni 1922 den Preis einer Portion Mittagessen aus der städtischen Volksspeisung anderweit auf 6.— M. festgesetzt. Die Erhöhung tritt vom 19. Juni 1922 ab in Kraft. Von diesem Tage ab kostet demnach eine ganze Portion 6.— M., eine halbe Portion 3.— M. Minderbemittelte sowie bedürftige Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene erhalten das Essen zum Preise von 3.— M. für die ganze Portion, 1,50 M. für die halbe Portion, gegen Abgabe einer Marke der eingeführten Ausweiskarte zur Erlangung verbilligten Essens. Die Ausweiskarten werden von den Wohlfahrtsverwaltungen ausgegeben.

Verlegung einer Steuerkasse. Am 6. Juni 1922 wurde die Steuerkasse VI F (Umsatzsteuer), die für die Entgegennahme der Umsatzsteuer der Pflichtigen des Bezirksamts des Kreuzbergs zuständig ist, von der Stralauer Straße, Stadthaus, Zimmer 104/105, nach der Bischofstr. 6/8, 5 Tr., verlegt.

Vorübergehende Schließung des Wohnungsamtes Friedrichshain. Das Bezirksamt Friedrichshain teilt mit: Zwecks Durchführung der Neuorganisation des Bezirkswohnungsamtes Friedrichshain muß das Bezirkswohnungsamt, Gr. Frankfurter Str. 137 (einschl. der Wohnungs-Inspektion A. und B.) für den Verkehr mit dem Publikum in der Zeit vom 12. bis einschl. 17. Juni d. J. geschlossen bleiben. Abstempelung ärztlicher Anmeldungen findet jedoch auch in dieser Zeit statt.

Veränderungen von Brotkommissionen. Die Einwohner der Stadtbezirke Nr. 134, 135, 137 und 138 erhalten ab 15. Juni d. J. ihre Karten nicht mehr wie bisher in der Brotkommission „Mitte I", Burgstraße 3, sondern in der Brotkommission „Kreuzberg XXVI", Stallschreiberstraße 54. Der Stadtbezirk Nr. 91, zur Brotkommission „Kreuzberg XXIII", Görlitzer Ufer 2, gehörig, wird am 15. Juni d. J. der Brotkommission „Kreuzberg XXII", Mariannenstraße 47, angegliedert.

Gefährliche Filmaufnahmen mit Raubtieren. Der Direktor Hagenbeck der „John Hagenbeck Film-G. m. b. H." ist bei einer Filmaufnahme in Lebensgefahr geraten. Bei einer Nachtaufnahme mit starken Scheinwerfern sind fünf Löwen, die unruhig wurden, auf den im Käfig anwesenden Herrn Hagenbeck losgegangen, veranlaßt durch ein in dieser Richtung geworfenes Stück Fleisch, das der Dompteur Schneider, um die aufgeregten Tiere von sich abzulenken, in das Dunkel warf. Es gelang Herrn Hagenbeck, mit dem Rücken gegen das Gitter stehend, die Tiere mit einem Spazierstock, seiner einzigen Waffe, solange fernzuhalten, bis der Dompteur Schneider mit seiner Frau die Tiere zurücktreiben konnte.

Klanthe bleibt in Haft. Die gegen die verweigerte Haftentlassung des Wettkonzern-Klanthe mit Rücksicht auf dessen schwer geschädigten Gesundheitszustand eingelegte Beschwerde ist vom Justizminister zurückgewiesen worden. Klanthe ist zur Behandlung in eine sichere Krankenanstalt überführt worden. Auch die wiederholten Anträge auf Haftentlassung Köhns sind wiederum abgelehnt worden.

Ein verheerender Waldbrand brach vorgestern nachmittag gegen 3 Uhr im Jagen 94 im Grunewald aus. Die Flammen griffen schnell um sich und zerstörten etwa fünf Morgen Waldbestand. Die alarmierte Feuerwehr konnte erst nach zweistündiger angestrengter Tätigkeit wieder abrücken.

Ein nichtswürdiger Bubenstreich. Mittwoch nachmittag gegen 4 Uhr wurde der Vorortzug Nr. 4900 auf der Strecke Berlin—Kaulsdorf von unbekannt gebliebenen Personen beschossen und in der Nähe der Treskow-Allee mit Steinen beworfen. Personen sind zum Glück nicht zu Schaden gekommen.

Gasvergiftung. Mittwoch nachmittag verunglückte die 60 Jahre alte Frau Bertha Buchmann in ihrer Wohnung in Charlottenburg. Sie ließ aus Unachtsamkeit einen Gashahn offen, so daß Gas ausströmen und sie betäuben konnte. Als die herbeigerufene Feuerwehr erschien, war der Tod schon eingetreten.

Beim Baden ertrunken. Am Mittwoch unternahm die 20jährige Stütze Else Siegert, die bei einem Kaufmann Sch. in Charlottenburg beschäftigt war und wohnte, einen Ausflug nach Wannsee. Gegenüber dem Freibade entkleidete sie sich und stieg ins Wasser. Plötzlich ging sie unter und kam nicht wieder zum Vorschein. Trotz sofortigen Absuchen des Wassers konnte die Leiche bisher nicht geborgen werden. Ob das junge Mädchen an einer tiefen Stelle untergegangen oder einem Herzschlag erlegen ist, bedarf noch der Aufklärung.

Gewerkschaftliches

Freundschaftliche Unternehmerbeziehungen

Modernes Sklaventum in der Zigarrenindustrie.

In welcher Weise manche Unternehmer versuchen, ihre Arbeiter zu leibeigenen Hörigen herabzudrücken, geht aus den folgenden Angaben hervor, die wir von Alfred Kiel-Gießen (Deutscher Tabakarbeiterverband) erhielten. Dem längeren Aufsatz entnehmen wir folgendes:

Schon seit einiger Zeit war es bekannt, daß einige Unternehmer der Tabakindustrie geheime Abmachungen trafen, dahingehend, keine Arbeitskräfte aus anderen Betrieben einzustellen. Es war äußerst schwierig, hinter diese Dinge zu kommen und einwandfreies Material hierüber zu erlangen. Günstige Umstände ermöglichten es jedoch, Licht in dies Dunkel zu bringen.

In Frage kamen die Firma S. Bock und die Firma Gail. Eine Arbeiterin, die bereits 29 Jahre bei der letztgenannten Firma beschäftigt war, versuchte bei der Firma Bock in Arbeit zu treten. Die Betreffende war bereits eingestellt, wurde aber sofort wieder mit dem Bemerken gekündigt, daß zwischen den beiden Firmen private Abmachungen beständen, wonach eine Firma der anderen keine Arbeiter wegnehmen dürfe.

Die Gauleitung Gießen des Deutschen Bergarbeiter-Verbandes verlangte hierauf beim Schlichtungsausschuß Marburg die Weiterbeschäftigung bzw. Wiedereinstellung der betreffenden Arbeitskraft. Die Firma Bock richtete ein Schreiben an den Schlichtungsausschuß, in dem ausdrücklich erklärt wird, „daß sie die Kündigung aussprechen müsse, da die Firma Gail und die Firma Bock **freundschaftliche Beziehungen** rein privater Natur zueinander hätten und sich infolgedessen keine Arbeiter gegenseitig wegnehmen."

Am 30. Mai fand die mündliche Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß statt. Aus formalen Gründen mußte der Antrag abgelehnt werden, da bei der Firma Bock noch kein Betriebsrat bestand. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses gab jedoch einstimmig folgende Erklärung ab:

„Hätte der formelle Einwand nicht bestanden, so wäre der Schiedsspruch dahingehend ausgefallen, daß den Anträgen ohne weiteres stattgegeben wäre. Die Handlungsweise der Firma Bock & Co. **verstoße gegen die guten Sitten und unterbinde die Freizügigkeit der Arbeiter.** Auch sei sie ein Verstoß gegen die Verfassung, die jedem Einzelnen die wirtschaftliche Freiheit sichere; kein Mensch habe das Recht, die nach der Verfassung garantierte Freizügigkeit zu unterbinden."

Wir kommen nicht oft in die angenehme Lage, Schiedssprüche von Schlichtungsausschüssen hervorzuheben, die allen billigen Erwägungen Rechnung tragen. Die Auffassung des Schlichtungsausschusses über das Gebaren der beiden in Frage kommenden Firmen ist von großer Bedeutung, und unsere Genossen werden gut tun, in ähnlichen Fällen sich dieser Stellungnahme zu erinnern und auf sie hinzuweisen.

Dieser Vorfall zeigt aufs neue, **welche Stütze unsere Gewerkschaften der Arbeiterschaft in allen ihren Kämpfen bieten, ohne die sie der Willkür der Unternehmer ausgesetzt wären,** die selbst davor nicht zurückscheuen, die Arbeiterschaft im 20. Jahrhundert zu versklaven.

Unionisten verbrüdern sich mit Gelben

Aus Metallarbeiterkreisen wird uns ein längerer Schriftsatz geschickt, in welchem an die Vorgänge vor dem Rathaus am 8. Mai angeknüpft und darauf hingewiesen wird, daß in der Obleutekonferenz der städtischen Arbeiter, die sich mit der Angelegenheit beschäftigte, ein Vertreter der Arbeiterunion, ein Herr Weyer, auf die Frage: „Ist es wahr, daß der Vertreter der Arbeiter-Union Herr Weyer im Arbeitsministerium bereit war, mit den Gelben einen Vertrag zu schließen?" unter Verrenkungen zugab, daß er bereit war, mit den Gelben einen Vertrag abzuschließen. Der Vertreter des Z.d.A., Genosse Fritz Schmidt, erklärte in der damaligen Versammlung, daß seine Organisation in zweimaliger Verhandlung dem Reichsarbeitsministerium gegenüber erklärte, auf keinen Fall bereit zu sein, mit den Gelben und Unionisten gemeinsam Tarifverhandlungen zu pflegen. Das Reichsarbeitsministerium versuchte zu vermitteln, um zu veranlassen, als stummer Teilnehmer der Sitzung beizuwohnen. Im Anschluß hieran erklärte Herr Weyer, daß seine Organisation bereit sei, **gemeinsam mit den beiden gelben Gewerkschaftsbünden Tarifverhandlungen zu pflegen.**

Damit ist der Nachweis geliefert, daß Herr Weyer als Vertreter der radikalen Union mit den Gelben Arm in Arm geht. So sehen die revolutionären Unionsvertreter vom Schlage eines Weyer aus, der sich vor dem Kriege mit Gewerkschaftsfragen fast nicht beschäftigte und nur durch günstige Umstände nach dem Kriege in die Lage kam, sich zum Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Halle aufzuschwingen. Seine Tätigkeit dürfte besonders allen Metallarbeitern noch in Erinnerung sein, denn sie führte zur Spaltung und viele Verbandsmitglieder wurden geschädigt.

Hier ist wieder einmal der Beweis geliefert, mit welcher Vorsicht solche revolutionäre Heldengestalten wie Weyer aufgenommen und bewertet werden müssen, soll die Gesamtarbeiterschaft nicht Schaden erleiden.

Für die Tarifgemeinschaft

Am 7. Juni fand in Haverlands Festsälen in der Neuen Friedrichstraße eine Versammlung aller Elektrizitätsarbeiter, die im Staats- und Gemeindearbeiterverband organisiert sind, also auch der Vororts-Elektrizitätsarbeiter, statt, in der folgende Resolution einstimmige Zustimmung fand:

„Die am 7. 6. in Haverlands Festsälen tagende Mitgliederversammlung des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes (Branche der Elektrizitätswerke) hat mit Entrüstung von dem Schreiben des Hauptvorstandes des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer an den Magistrat Kenntnis genommen. Sie verlangt vom Hauptvorstand unseres Verbandes, daß er solchen Machinationen mit aller Entschiedenheit entgegentritt, denn es handelt sich dabei doch nur um Mitgliederfang. Wenn es dem Verband der Maschinisten und Heizer ernst wäre mit seinen Angaben, die er in dem betreffenden Schreiben macht, so hätte er das in den früheren Jahren innerhalb des Tarifkartells bereits machen können. Wir beauftragen den Ortsvorstand, mit dem Maschinisten- und Heizerverband keine gemeinsamen Tarife mehr abzuschließen. Wir erklären weiter, daß wir es ablehnen, uns von unseren übrigen städtischen Arbeitsbrüdern zu trennen."

Diese unerquicklichen Auseinandersetzungen zweier Verbände sind nicht dazu angetan, das Ansehen und die Aktionskraft der Gesamtarbeiterschaft zu heben. Da der Gemeindearbeiterverband sich dagegen wandte, daß die Maschinisten und Heizer die Tarifgemeinschaft preisgaben, so wird die Sache nicht dadurch besser, daß nun gefordert wird, „keine gemeinsamen Tarife mehr abzuschließen".

Notwendig ist aber eine Klärung der Streitfragen und Wiederherstellung der Tarifgemeinschaft.

Aufruf für die Opfer der Marburger Studenten

Zugunsten der Hinterbliebenen der im **Kapp-Putsch** erschossenen 15 Thaler Gewerkschaftsgenossen richtet der Ortsausschuß des **ADGB.** in Ruhla an die arbeitende Bevölkerung Deutschlands die Bitte:

1. Soweit noch Gelder für die Opfer der Marburger Studenten bestimmt und Sammellisten ausstehen, Gelder und Listen einzusenden;

2. Neue Beiträge zu sammeln und sie an die Adresse des Vorsitzenden des Ortsausschusses des ADGB., Fritz Bischoff, Ruhla, Altensteiner Str. 4, einzusenden. Uebt Solidarität! Gebt für die notleidenden Hinterbliebenen!

Landeskonferenz der preußischen Staatsforstarbeiter

Laut Beschluß des Verbandsvorstandes soll am Sonnabend, dem 24. und Sonntag, dem 25. Juni dieses Jahres, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Berlin SW. 48, Enckeplatz 6, eine Landeskonferenz für die preußischen Staatsforstarbeiter stattfinden. Die Verhandlungen beginnen am Sonnabend, dem 24. Juni, 6 Uhr abends. Die Tagesordnung lautet:

1. Soll der Tarifvertrag für die preußischen Staatsforstarbeiter gekündigt werden? 2. Die Betriebsräte in den preußischen Staatsforsten. 3. Bildung von Fachgruppen. 4. Die Verschiedenartigkeit der Akkordtarife in Preußen.

Zu dieser Konferenz soll für jeden Regierungsbezirk ein Delegierter gewählt werden. Die Wahlen erfolgen nach den Anweisungen der einzelnen Gauleiter. Die Namen und Adressen der in Frage kommenden Delegierten sind dem Verbandsvorstand spätestens bis zum 15. Juni mitzuteilen. Als Delegierte kommen nur Forstarbeiterkollegen in Betracht. Die Gau- und Kreisleiter, die an der Konferenz ebenfalls teilnehmen sollen, werden vom Verbandsvorstand besonders bestimmt.

Die Juni-Löhne im Fuhrgewerbe. Für das Last- und Leichtfuhrwerksgewerbe sind die Löhne durch Verhandlung zwischen der Fuhrherren-Innung und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband neu geregelt worden. Die erzielten Lohnerhöhungen belaufen sich von 75.— bis 210.— M. pro Woche und haben Geltung ab 1. bis 30. Juni 1922. Mit diesem Verhandlungsergebnis beschäftigte sich eine gut besuchte Versammlung der Arbeitnehmer. Die neuen Lohnsätze wurden, trotzdem sie die Arbeitnehmer nicht befriedigen, mit schwacher Majorität angenommen. Aufgabe der Kollegen ist es nunmehr, darauf zu achten, daß in allen Betrieben die erhöhten Löhne gezahlt werden. Verweigern einzelne Arbeitgeber die Zahlung, so ist der Branchenleitung unverzüglich davon Mitteilung zu machen. Das neue Lohnabkommen ist gegen Vorzeigung des Verbandsbuches im Büro des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25, Aufg. B, ptr., Zimmer 3, erhältlich.

USPD.-Eisenbahner. Heute, abends 7½ Uhr, bei Bieberstein, Sitzung des Werbe- und geschäftsführenden Ausschusses. Montag, den 12. Juni, treffen sich nach Schluß der Arbeitszeit bei Podzius, Sachsendamm, alle in der Hauptwerkstätte Tempelhof beschäftigten USPD.-Genossen zu einer wichtigen Besprechung. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Parteibuch legitimiert.

Parteiveranstaltungen

Freitag, den 9. Juni.

Berlin-Mitte. 1. Distrikt, abends 7 Uhr, Vorstandssitzung bei Benz, Stallschreiberstraße 47. Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig; es erfolgt Materialausgabe.

7. Distrikt. 1. Abteilung. Abends 7 Uhr, wichtige Abteilungssitzung bei Karl Döhling, Brunnenstraße 78. Alle Funktionäre müssen erscheinen.

18. Distrikt, 2. Abteilung. Abends 8 Uhr, Funktionärsitzung bei Tepp, Hollmann-, Ecke Alte Jakobstraße. Alle Bezirksleiter müssen erscheinen.

Pankow. Die Funktionäre werden vollzählig zu Distrikts-Konferenz erwartet, weil im Anschluß an diese über eine wichtige örtliche Angelegenheit beschlossen werden muß.

Sonnabend, den 10. Juni.

5. **Verwaltungsbezirk.** 17. Distriktssitzung der Distriktsleitung bei Dralle. Pünktlich erscheinen.

5. Distrikt. Abends 7½ Uhr, Funktionärkonferenz, an der auch die Delegierten zur Generalversammlung teilnehmen müssen, bei Kaiser, Gaglowstraße 24.

18. Distrikt. (Kreuzberg.) 6 Uhr, Zusammenkunft der Generalversammlungsdelegierten. Alte Jakobstraße 24. 1. und 2. Abteilung 2 Delegierte, die übrigen Abteilungen 1 Delegierter. — Gastkarten werden ausgegeben.

Distrikt Niederbarnim-Nord. Die Distriktskonferenz findet im Lokal von August Döhling, Brunnenstraße 79, abends 6 Uhr statt. Verteilung von Delegierten-Karten zur Verbandsgeneralversammlung. Abrechnung von Sammellisten. Wahl eines Mitgliedes zur Pressekommission. Jeder Ort muß vertreten sein.

Sonntag, den 11. Juni.

9. Distrikt. Treffpunkt morgens 8¼ Uhr, Schulstraße, Ecke Prinz-Eugen-Straße, zu der beim Lichtbildervortrag angekündigten Wanderung nach Erkner, Rüdersdorf und Kalkberge unter geologischer Führung. Rege Beteiligung der Genossinnen und Genossen wird erwartet.

9. Distrikt. Kindergruppe. Treffpunkt aller Kinder über 10 Jahre, zur Wanderung nach Erkner, Rüdersdorfer Kalkberge, morgens 8¼ Uhr, am [illegible]platz. Fahrgeld 5.— Mark.

Kindergruppe. Berlin-Mitte. Fahrt nach Hermsdorf, Tümmler-See. Treffpunkt ½7 Uhr, Alexanderplatz (Berolina).

Vereinskalender

Freitag, den 9. Juni.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. (Album-, Mappen-, Galanterie- und Lederwarenbetriebe). Abends 7 Uhr bei Böcker, Weberstraße 17 allgemeine Branchenversammlung mit den Betrieben und Vertrauensleuten [illegible] sammen. Tagesordnung: Berichterstattung von den Lohnverhandlungen in Nürnberg. Das Erscheinen eines jeden Einzelnen ist unbedingt erforderlich.

Transportarbeiter-Verband. Graphisches Gewerbe: Hausdiener, Packer aus den Buchdruckereien und den Buchbindereien. Abends 8 Uhr bei [illegible], Michaelkirchstraße 30a, Gruppenversammlung. Bericht über die Verhandlungen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Halle und Werke, Chausseestraße 118. Vormittags 10 Uhr, Betriebsversammlung im Lokal von Otto Jülicher Straße 3. Lohnzahlung.

Sonnabend, den 10. Juni.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Branche der Geschäftskutscher, Lagerarbeiter usw. Abends 7 Uhr, im Lokal „Englischer Hof", Alexanderstraße [illegible] — Gruppe: **Rohprodukten.** Versammlung. Tagesordnung: Kündigen wir die Lohnsätze?

Jugendbewegung

Sozialistische Proletarier-Jugend Groß-Berlin. Sämtliche Gruppen treffen sich am Sonntag, den 11. Juni, zur Propagandafahrt nach [illegible] um ½7 Uhr am Hauptausgang des Potsdamer Bahnhofs. Fahrgeld 15 M. Fahnen, Banner und Musikinstrumente sind mitzubringen.

Arbeitersport

Touristen-Verein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Berlin. Freitag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, Aula Gipsstraße 23a, gemeinsamer Uebungsabend mit dem Arbeiter-Wanderbund Naturfreunde zum [illegible] im [illegible]. — Sämtliche Abteilungen treffen sich Sonntag, den 11. Juni, Reichsarbeitersporttag 9 Uhr vormittags am Teufelssee im Grunewald. Alle anderen Fahrten fallen aus.

Arbeiter-Wanderverein, Berlin. Oberspreewaldfahrt am 25. Juni, Lübbenau—Lehde, dem berühmten Spreewalddorf — Leipe—Forsthaus [illegible] Kannomühle—Lübbenau. Keine Fußwanderungen. Bahn- und Kahnfahrt [illegible] 90 Mark. Teilnehmerkarten im Vereinslokal Wollschläger, Adalbertstr. [illegible] Herrenkonfektionsgeschäft Fritz Wille, Reinickendorfer Str. 92. Wanderung 11. Juni Neu-Babelsberg—Sanssouci—Potsdam. Abfahrt 6.36 Uhr Potsdamer Bahnhof.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kowarski, Berlin. — Verlags-Genossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75.